AUFLAGE 113.000 KURIER WETZLAR Erscheint monatlich

WETZLAR KURIER

ZEITUNG FÜR DEN LAHN-DILL KREIS

Nr. 2 · 36. Jahrgang | Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur | Februar 2016

1. Innere Sicherheit garantieren
2. Asylmissbrauch verhindern
3. Gefährder ausweisen

Von Hans-Jürgen Irmer - Bundestagskandidat der CDU Lahn-Dill

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

viele Menschen machen sich, nicht nur in diesen Tagen, sehr viele Gedanken darüber, wie geht es weiter in Deutschland im Bereich der Inneren Sicherheit, im Bereich der Zuwanderung, des Asylrechts und der Gefährdung durch Islamisten?

Diese Sorgen sind nicht nur ernst zu nehmen, die Auswirkungen können jeden treffen.Deshalb ist die Politik gefordert, zu handeln. Denkverbote und Sprechverbote nutzen nichts. Die Wahrheit gehört auf den Tisch. Zur Lösung des Problems sind hier 35 Vorschläge unterbreitet, die notwendig sind, um klare Zeichen zu setzen und die Gesamtproblematik zu lösen, bei Wahrung des Grundrechts auf Asyl für diejenigen, die wirklich politisch verfolgt sind und denen man helfen muss.

Missbrauch allerdings ist konsequent zu bekämpfen und eine Gefährdung der Inneren Sicherheit nicht zu akzeptieren.

Hans-Jürgen Irmer, MdL - Bundestagskandidat der CDU Lahn-Dill

1. **Gefährder (Islamistische Terroristen) sind grundsätzlich auszuweisen**
2. **Wiedereinreiseverbot für Gefährder**
3. **Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft (soweit sie diese haben)**
4. **Verschärfung der Gesetze zur Terrorbekämpfung**
5. **Moscheevereine verstärkt in die Unterstützungspflicht nehmen**
6. **Mitwirkung der 57 islamischen Staaten einfordern**
7. **Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten**
8. **Verstärkter wirtschaftlicher und politischer Druck auf Herkunftsstaaten**
9. **Entwicklungshilfe deutlicher und überprüfbarer an Bedingungen knüpfen**
10. **Mittel zur Bekämpfung der Fluchtursachen erhöhen**
11. **Verstärkung der Grenzkontrollen in Deutschland und an den europäischen Außengrenzen**
12. **Aussetzen des Schengen Abkommens**
13. **Durchsetzung des Dublin-Verfahrens**
14. **Verschärfung des Abschieberechtes**
15. **Beschleunigung von Abschiebungen**
16. **Kriminelle Ausländer abschieben**
17. **Verkürzung der Rechtswege**
18. **Errichtung von Transitzonen zur Erfassung der Personalia**
19. **Sicherungshaft bei Verweigerung der Personaliafeststellungen**
20. **Hot Spots in Nordafrika zur Stellung von Asylanträgen**
21. **Überprüfung der Handydaten bei Weigerung der Identitätsfeststellung**
22. **Bootsflüchtlinge zurückschicken**
23. **Asylmissbrauch verhindern**
24. **Anreize reduzieren**
25. **Duldungen restriktiver handhaben**
26. **Mehr zeitlich befristete Aufnahmen**
27. **Bekämpfung der Schleuserkriminalität**
28. **Strafmaß für Schlepper erhöhen**
29. **Konfiszierung illegal erworbenen Vermögens**
30. **Familiennachzug stoppen**
31. **Einführung der Visumspflicht**
32. **Stärkung der Polizei, Bundespolizei sowie des BAMF**
33. **DNA – Möglichkeiten zur Verbrechensbekämpfung komplett ausnutzen**
34. **Verbesserung des Datenaustausches**
35. **Mehr Videoüberwachung**

1. Gefährder

Bundesweit gibt es nach Einschätzung der Verfassungsschützer etwa 500 Gefährder, von denen ca. die Hälfte derzeit aktuell in Deutschland ist. Hinzu kommen etwa 1200 Extremisten mit islamistisch-terroristischem Potenzial und weitere rund 9000 Salafisten, die mit der freiheit-demokratischen Grundordnung in Deutschland wenig gemeinsam haben.

Eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung ist auf Dauer nicht darstellbar. Man benötigt etwa 25 Personen, um eine einzige Person rund um die Uhr lückenlos zu überwachen. Daher müssen Gefährder grundsätzlich ausgewiesen werden. Die rechtlichen Instrumente sind dazu zu entwickeln. Wenn jemand als Gefährder identifiziert ist, muss er übergangsweise eine elektronische Fußfessel tragen, solange, bis es genügend Plätze gibt, Gefährder in einen Ausreisegewahrsam zu nehmen.

Es ist völlig inakzeptabel, dass der Berliner Attentäter Amri, obwohl seine terroristische Ader bekannt war, nach zwei Tagen Haft entlassen wurde, weil die Ausweispapiere nicht besorgt werden konnten.

Hier ist es sicherlich hilfreich, wenn das Bundeskriminalamt ein entsprechendes Initiativrecht zur Anordnung von Abschiebehaft und Ausweisung für Gefährder erhält.

Darüber hinaus ist die Vorbereitung eines Anschlages grundsätzlich unter Strafe zu stellen. Bisher ist es so, dass die Gesetze nicht an die Gefährlichkeit einer Person anknüpfen, sondern an das konkrete Verhalten. Konkretes Verhalten nach Vorstellungen der Union ist bereits ein kundgetaner Wille zur Vorbereitung eines Anschlages oder Terroraktes. Dazu gehört auch die Besorgung von Waffen oder Sprengstoff. Wer dies macht, führt Übles im Schilde, muss also die Strenge des Gesetzes spüren.

Darüber hinaus muss man sämtlichen derzeit im Ausland weilenden kämpfenden Terroristen ein Wiedereinreiseverbot gegenüber aussprechen und gleichzeitig die deutsche Staatsbürgerschaft, so sie die denn haben, entziehen.

GG Art 16:
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Gleichzeitig sind die Moscheevereine in Deutschland sehr bewusst und verstärkt in die Pflicht zur Unterstützung einzubeziehen. Es ist schon etwas merkwürdig, wenn der Berliner Attentäter in ca. 20 Moscheen unterwegs war, teilweise auch als Redner auftrat, dass nicht ein einziger Moscheebesucher dem Verfassungsschutz oder Sicherheitsbehörden einen Hinweis gegeben hat.

Im Übrigen stellt sich die Frage, was tragen eigentlich die 57 islamischen Staaten, die in der OIC organisiert sind, zur Lösung nicht nur des Terrorismusproblems, sondern auch zur Lösung der Asylströme bei? Wie kann es sein, dass etwa 80 Prozent der Asylbewerber muslimischen Glaubens sind, diese aber lieber in den aus ihrer Sicht „dekadenten Westen" kommen, dessen Gesellschaftsordnung vielfach abgelehnt wird, statt in ein islamisches Land zu gehen, wo Sunniten oder Schiiten oder Wahhabiten die Bevölkerungsmehrheit stellen und man damit im Prinzip ja eigentlich im „Gelobten Land" sein sollte?

2. Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer

Welchen positiven Effekt es auf die Zahl der Asylbewerber haben kann, wenn mehrere Länder auf die Liste die sicheren Herkunftsländer gesetzt werden, konnte man unschwer am Beispiel des ehemaligen Jugoslawien erkennen, denn seitdem das erfolgte, ist der Zustrom aus Serbien, Albanien… weitgehend zum Erliegen gekommen. Das Gleiche müsste man tun mit den sogenannten Maghreb-Staaten, also den nordafrikanischen Staaten. Dort gibt es keine staatlich angeordnete Verfolgung, genauso wenig wie im Übrigen in Afghanistan, das eine demokratisch gewählte Regierung hat.

Dass die Standards, die Wirtschaftsstruktur, Infrastruktur in fast allen anderen Ländern mit Deutschland nicht vergleichbar sind, ist sicherlich unstreitig. Das ist aber kein Asylgrund. So menschlich nachvollziehbar Gründe sind, man wolle ein besseres Leben führen, so wenig ist dies durch das Grundgesetz abgedeckt. Denn wenn das ein Grund wäre, müsste man Hunderte von Millionen Menschen in Deutschland und Europa aufnehmen.

Grüne gefordert

Leider ist diese Ausweitung, obwohl der Bundestag das möchte, im Bundesrat bisher gescheitert, weil sich die Grünen querstellen. Dies gilt leider auch – bis jetzt zu-mindest – für die hessischen Grünen. Vielleicht nehmen sie sich am Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, ein Beispiel, der angedeutet hat, einer solchen Überlegung zustimmen zu können.

In diesem Kontext muss man auch auf Seiten der Bundesregierung verstärkt wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Herkunftsstaaten entwickeln. Auch die Vergabe von Entwicklungshilfe deutlicher und überprüfbarer an Bedingungen

Fortsetzung Seite 2

Wir brauchen Ihr Altgold!
Täglich für unsere Eigenproduktion und zahlen absolut faire Preise!
JUWELIER Munk GOLDSCHMIEDE IN DER ALTSTADT
35578 Wetzlar · Lahnstr. 24 · Tel. (0 64 41) 4 55 90
Auch Zahn- und Bruchgold, Münzen etc.

IMMER WIEDER SONNTAGS!
von 12 bis 16 Uhr
Jeden Sonntag durch unser Ausstellungsgebäude bummeln: Neuwagen und Gebrauchtwagen auf 3 Etagen in Ruhe erleben und bei jedem Wetter genießen.
Natürlich ohne Beratung und ohne Verkauf. Aber der Kaffee geht aufs Haus.
Autohaus Diehl GmbH & Co. KG
Steubenstr. 1 · Karl-Kellner-Ring 15 · Wetzlar
Telefon 06441 / 3776-0 · www.auto-diehl.de
Nutzfahrzeuge · Audi Service
Auto-Diehl.de
Tradition. Innovation. Service.

„Braucht der Islam eine Aufklärung?"

Zu diesem Thema wird **Dr. Abdel Hakim Ourghi** aus Freiburg im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung der CDU Lahn-Dill am **Freitag, den 3.2. um 19 Uhr** in „Tasch's Wirtshaus" (Spilburg) einen Vortrag halten.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Dr. Abdel Hakim Ourghi

2. Lions-Flohmarkt

Samstag, 4.2. ab 10 Uhr im Forum Wetzlar

(red). Nach dem großen Erfolg des ersten Flohmarktes des Lions-Clubs Wetzlar-Solms im Januar 2016 haben die Lions beschlossen, einen zweiten Flohmarkt anzubieten, der am Samstag, den 4.2. von 10 bis 17 Uhr im Forum Wetzlar stattfinden wird.

Das Warenangebot umfasst Elektronikartikel, Sportequipment, Elektrogeräte, Haushaltswaren, Dekorationsartikel, Bekleidung, Tonträger und anderes mehr. Während im letzten Jahr der Erlös an die Frühchenstation Moro des Universitätsklinikums Gießen gegangen ist, wird in diesem Jahr der Verein „KALEB - Sag ja zum Kind" bedacht, der sich mit großem Engagement um junge Frauen kümmert, die während der Schwangerschaft oder nach der Entbindung Probleme haben und Unterstützung benötigen.

Für das leibliche Wohl ist in Form von Kaffee und Kuchen der Bäckerei Moos bestens gesorgt.

EINFÜHRUNG AM SA, 04.03.2017 VON 9 - 16 UHR
ŠKODA
Jetzt bei uns vorbestellen.
Der NEUE ŠKODA KODIAQ.
Raus. In die Natur. In den Großstadtdschungel. Ins pure Leben. Und wieder zurück. Der Neue ŠKODA KODIAQ begleitet Sie. Ein SUV? Sicher, aber neu definiert. Er überzeugt mit Komfort für bis zu sieben Personen, mit kraftvollen Motoren und anpassungsfähigem 4×4-Antrieb. Mit Assistenzsystemen, die mit- und vorausdenken. Und mit dem Konnektivitätssystem ŠKODA Connect, das Ihnen zahlreiche interaktive Funktionen bietet. Ab Frühjahr 2017 ist er bei uns verfügbar und bereits jetzt vorbestellbar. ŠKODA. Simply Clever.
Kraftstoffverbrauch für alle verfügbaren Motoren in l/100 km, innerorts: 9,1–6,3; außerorts: 6,4–4,7; kombiniert: 7,4–5,3; CO_2-Emission, kombiniert: 170–139 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse C–A
Abbildung zeigt Sonderausstattung.
Heinrich Krion e.K
Wilhelm-Loh-Straße 10, 35578 Wetzlar
Tel.: 06441/975770, Fax: 06441/975772
krion.vtb@partner.skoda-auto.de, http://krion.skoda-auto.de

Wilhelm Grau & Sohn
• Schreinerei
• Glaserei
• Innenausbau
• Beerdigungsinstitut
35576 Wetzlar • Steubenstraße 13 • Siechhofstraße 35
Telefon (0 64 41) 3 27 05

ELEKTRO
SANITÄR
HEIZUNG
GRELL
Alfred Grell GmbH • Weißadlergasse 3 • 35578 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 4 26 16 • Telefax (0 64 41) 4 68 57
Wir führen aus:
Heizungs-, Sanitär- und Elektroarbeiten
• Erneuerung • Reparatur • Reinigung

Hilmar Schneider
Steuerberater
Steinbühlstraße 15b
35578 Wetzlar
Tel. 06441/4471290
Fax 06441/4471297
http://www.stb-wetzlar.com
info@stb-wetzlar.com

RESTAURANT
GRILL-STUBEN
Wir„Jesko Rossa und sein Team heißt Sie herzlich Willkommen!
Wir bieten mediterrane Küche, Spezialitäten aus dem Balkan, sowie wechselnde Wochengerichte und eine gemütliche Atmosphäre“
Unsere Öffnungszeiten sind:
Täglich 11.30-14.30 und 17.30-23.00 Uhr
Dienstag Ruhetag
Stoppelberger Hohl 128 · 35578 Wetzlar
Tel. (06441) 7 29 89 · Fax 787 - 200

1. Innere Sicherheit garantieren
2. Asylmissbrauch verhindern
3. Gefährder ausweisen

Fortsetzung von Seite 1

knüpfen, wobei man europaweit, das kann Deutschland verständlicherweise nicht alleine, alles daransetzen muss, die Mittel für die Bekämpfung der Fluchtursachen zu erhöhen. Dies ist immer noch billiger als ein Ansturm auf Deutschland.

Grenzkontrollen

Man muss Österreich, Ungarn und Mazedonien dankbar dafür sein, dass sie die Grenzen im letzten Jahr dichtgemacht haben. Positiv hat sich auch das Türkei-Abkommen der Bundesregierung ausgewirkt, so dass die Gesamtzahl der Asylbewerber deutlich zurückgegangen ist. Das war auch zwingend notwendig. Dennoch bleibt hier viel zu tun. Es ist richtig, dass Bundesinnenminister de Maizière erklärt hat, dass man in Deutschland auf unabsehbare Zeit weiter Grenzkontrollen vornehmen werde, die im Übrigen auch von Dänemark, Frankreich, Schweden und Norwegen vorgenommen werden. Belgien will in diesem Kontext aktuell jetzt auch bei Bahnfahrten, so wie das bei Flügen ohnehin der Fall ist, neben dem Ticket die Passagierdaten erfassen.

Selbst die EU-Kommission hat erkannt, dass mangelnde Grenzkontrollen zu „ernsthafter Bedrohung für die öffentliche Politik und Innere Sicherheit“ führen können. Dem ist im Prinzip nichts hinzuzufügen. Deshalb muss man auch das Schengen-Abkommen solange aussetzen, solange Europas Grenzen so löchrig sind. Gleichzeitig sollte man das sogenannte Dublin-Verfahren wieder anwenden, das besagt, dass diejenigen, die in einem Staat erstmalig als Asylbewerber ankommen, dort auch um Asyl nachzusuchen haben.

3. Verschärfung des Abschieberechts

Wenn in Deutschland aktuell etwa 500.000 ausreisepflichtige Asylbewerber leben, so zeigt das, dass der Staat in der Frage der Abschiebung bis jetzt zumindest versagt hat. Bayern und Hessen haben relativ konsequent abgeschoben, das rot-grüne Bremen so gut wie gar nicht, und das rot-rot-grüne Berlin hat aktuell erklärt, praktisch keine Abschiebungen vornehmen zu wollen. Deshalb ist es notwendig, Abschiebehaftanstalten zu installieren und die Frist zur Abschiebehaft auf vier Wochen auszudehnen, statt wie es derzeit ist, bei vier Tagen zu belassen.

Gleichzeitig müssen die Verfahren beschleunigt, die Rechtswege verkürzt werden, um, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Recht anmerkte, dass die Abschiebungen schneller vonstattengehen müssen. Eine richtige Erkenntnis, die man sich schon früher gewünscht hätte.

Transitzonen/Sicherungshaft/Hot Spots

Aus meiner Sicht ist es nötig, an den deutschen Grenzen sogenannte Transitzonen zu etablieren, in die jeder Antragsteller muss, damit die Identität festgestellt werden kann. Dazu gehören Dokumentenprüfgeräte, die in Sekunden feststellen können, ob ein Pass gefälscht ist oder nicht. Das Problem allerdings dabei ist, dass etwa 70 bis 80 Prozent der eingereisten Asylbewerber erstaunlicherweise keine Dokumente besitzen, aber in aller Regel zu 100 Prozent Smartphone, Handy und ähnliches mit sich führen. Deshalb ist eine biometrische Gesichtserkennung zwingend notwendig, ebenso die Erhebung und Speicherung von DNA-Daten sowie gerade bei Jugendlichen zur Feststellung des Alters eine Handwurzelröntgenuntersuchung. Denn der Asylmissbrauch gerade durch junge Leute ist nicht unerheblich, da bekannt ist, dass unbegleitete Minderjährige eine völlig andere, kostenträchtige Betreuung erhalten.

Sicherungshaft ist dann anzuwenden, wenn Antragsteller bewusst ihre Identität verschweigen oder an der Beschaffung von Einreisedokumenten für den Zielstaat nach Ablehnung des Antrages nicht mitwirken.

Hier sind die entsprechenden Gesetze zu erlassen. Es ist völlig inakzeptabel, dass Menschen ins Land gelassen werden, deren Identität nicht bekannt ist bzw. die - zumin-dest zum Teil - bewusst betrügen. Siehe den Fall Amri, der über ein Dutzend Identitäten hatte. Langfristig gesehen muss es sogenannte Hot Spots, beispielsweise in Nordafrika geben, damit Asylbewerber dort Anträge stellen können.

Bootsflüchtlinge zurückschicken

Dies hätte den großen Vorteil, dass das Schlepperwesen deutlich erschwert wird. In diesen Kontext passt im Übrigen auch die Forderung, die wir im Herbst 2015 bereits im Wetzlar-Kurier erhoben haben, wonach Bootsflüchtlinge, die im Mittelmeer von der europäischen Marine aufgegriffen werden, nicht nach Europa weitergeleitet werden und damit das Geschäft der Schlepper betrieben wird, sondern dorthin zurückverbracht werden, wo sie hergekommen sind. Eine Forderung der CSU, der sich Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier aktuell angeschlossen hat.

4. Asylmissbrauch verhindern

Neben den bereits erwähnten Maßnahmen müssen darüber hinaus finanzielle Anreize reduziert werden. Leider scheiterte es vor kurzem im Bundesrat an Rot-Grün, wonach im Asylbewerberleistungsgesetz einige Leistungen gekürzt werden sollten. Duldungen sind deutlich restriktiver zu handhaben und man muss viel mehr mit dem Instrument des subsidiären Schutzes arbeiten, also der Möglichkeit einer zeitlich befristeten Aufnahme. Denn eines muss klar sein, wenn beispiels-weise der Bürgerkrieg in Syrien oder in anderen Regionen zu Ende ist, dann muss es vornehmste Aufgabe der derzeit hier lebenden Syrer sein, alles dazu beizutragen, ihre Heimat vor Ort wieder aufzubauen mit unserer Unterstützung.

Schleuserkriminalität bekämpfen

Zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität gehört nicht nur der angesprochene Hot Spot in Nordafrika, sondern auch das Rückführen der Bootsflüchtlinge. Gleichzeitig muss der Strafrahmen für Schlepper dramatisch erhöht werden, denn es sind Verbrecher, die skrupellos aus Gewinngründen heraus Menschenleben aufs Spiel setzen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, illegal erworbenes Vermögen zu konfiszieren und die Beweislast umzudrehen.

Familiennachzug stoppen

Eine tickende Zeitbombe ist die Frage des Familiennachzuges. In der Zeitung „Die Welt“ war im Herbst 2015 zu lesen, dass im Durchschnitt auf jeden anerkannten muslimischen Asylbewerber im Wege des Familiennachzuges vier bis acht Personen kommen würden. Selbst wenn diese Zahl tatsächlich niedriger sein sollte, bei den Syrern wird von Behördenseite aus mit deutlich weniger gerechnet, hier kann man allerdings Fragezeichen anbringen, wird deutlich, dass wir bei einer Anerkennung von „nur“ 500.000 über weitere Zuzugszahlen von 1,5 bis 2 Millionen Menschen sprechen.

Deshalb war es richtig, dass die Bundesregierung den Syrern seit Frühjahr letzten Jahres nur den subsidiären Schutz gewährte. Dies schließt den Familiennachzug zumindest für die Dauer von zwei Jahren aus. Das Problem damit ist allerdings noch nicht gelöst.

Stärkung unserer Sicherheitsorgane

Zu den notwendigen Maßnahmen gehören zusätzliche Stellen im Bereich der Bundespolizei. 1000 sind beschlossen. Notwendige Maßnahmen sind das flächendeckende Tragen der Body Cams, Schutzausrüstungen für die Bundespolizisten, flächendeckender Digitalfunk, flächendeckende Videoüberwachung an Bahnhöfen, in Zügen und auch eine angemessene Bewaffnung. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Polizei in Deutschland.

Hessen hat beschlossen, die Zahl der Polizeiplanstellen um netto 1000 zu erhöhen. Eine alte Forderung der Gewerkschaften, die aber berechtigt war. Dazu gehört eine ebenfalls angemessene Ausstattung zum persönlichen Schutz, aber auch zur Durchsetzung des Rechtes bis hin zur teilweisen Ausstattung von Streifenwagen mit Maschinenpistolen.

Hessen hat in den vergangenen Jahren in die allgemeine Ausstattung der hessischen Polizei sehr viel investiert. Zusätzlich sind in diesem Jahr 50 Millionen Euro geplant. Dies sind alles richtige Maßnahmen. Was noch fehlt, ist die finanzielle Anerkennung. Eine Lohnerhöhung von einem Prozent wie im letzten Jahr ist nicht angemessen. Wenn der Staat zu Recht von seinen Sicherheitskräften erwartet, an 365 Tagen und Nächten zur Verfügung zu stehen, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten - ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit -, dann gehört auch die entsprechende Bezahlung dazu.

Datenaustausch

Neben diesen materiellen Überlegungen und Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen muss es auch das notwendige Handwerkszeug für die Polizei und die Sicherheitsbehörden geben, um Wege von Kriminellen und Terroristen verfolgen und aufzeichnen zu können. Wie fragil das Ganze ist, konnte man am Beispiel des Berliner Attentäters sehen. Deshalb braucht es zwingend eine Vorratsdatenspeicherung mit einer deutlichen Verlängerung der Speicherfristen. Entsprechende Befürchtungen von Bürgern sind grundlos, denn hier geht es konkret um Menschen, bei denen ein erheblicher Verdachtsmoment vorliegt.

Bedauerlich ist, dass die Grünen auf der Bundesebene, so in der FAZ im Dezember letzten Jahres zu lesen, die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung fordern. Dies ist kein Beitrag zur Verbesserung der Inneren Sicherheit.

Zu den technischen Möglichkeiten, die man den Sicherheitsbehörden zur Verfügung stellen muss, gehört auch die Möglichkeit der erweiterten Überprüfung der Kommunikation auf WhatsApp, Skype oder allgemein die sozialen Netzwerke und Internetknotenpunkte, so wie es der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, gefordert hat. Zu erinnern ist im Übrigen an die Experten bei Europol und Interpol, die ebenso wie die EU-Kommission der Auffassung sind, dass der Datenaustausch im Schengen-Raum zwingend zu verbessern ist. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz verkommen.

Videoüberwachung

Eine weitere Möglichkeit der Prävention und der erleichterten Inhaftierung von Kriminellen sind Videoanlagen. Wie hilfreich sie sein können, hat man in Berlin aktuell gesehen, als ein junger Mann brutal und rücksichtslos einer Frau in der U-Bahn in den Rücken trat. Mit Hilfe der Videoaufzeichnung konnte er ebenso überführt werden wie die sieben jungen Asylbewerber, die versucht haben, in Berlin einen Obdachlosen anzuzünden.

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Land Hessen den Kommunen bis zu zwei Drittel der Kosten erstattet, wenn diese Videoanlagen installieren. Dafür stehen in diesem Haushaltsjahr 1,3 Millionen Euro zur Verfügung im Vergleich zu 300.000 Euro in 2016.

Ich teile die Auffassung des hessischen Innenministers Peter Beuth, der die Videoüberwachung als einen wichtigen Baustein in der Sicherheitsarchitektur für Prävention und Aufklärung bezeichnet hatte. Ich teile dezidiert nicht die Auffassung des Städtetags-Direktors Stephan Gieseler, der sich dagegen ausgesprochen hat mit der Bemerkung, man sei schließlich kein Überwachungsstaat.

Kritik verdient auch der hessische Datenschutzbeauftragte Professor Ronellenfitsch, wenn der erklärt, dass für die Terrorabwehr die Ausweitung der Videoüberwachung kein geeignetes Mittel sei. Terroranschläge, so Ronellenfitsch, würden nur dokumentiert, aber nicht verhindert. Im Gegenteil, so fügte er an, die Aufnahmen würden von den Terroristen für Reklamezwecke missbraucht. Dass ein Terroranschlag damit nicht verhindert werden kann, ist teilweise richtig. Wenn es aber gelingt, einen Täter anschließend haftbar zu machen, dann wird er keine zweite Chance haben, einen Terroranschlag zu begehen, so dass Videoüberwachungen sehr wohl genau den präventiven Charakter haben, wie es der hessische Innenminister bezeichnet hat.

Fazit:

Ziel alles staatlichen Handelns muss es sein, deutlich zu machen, dass der Staat handlungsfähig ist und die Sicherheit seiner Bürger garantiert. Deshalb sind die aufgeführten Vorschläge unbedingt notwendige Maßnahmen. Zur Klarstellung: Das Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden. Dieses Grundrecht gilt aber nur für diejenigen, die wirklich politisch verfolgt sind. Keine Akzeptanz und Null-Toleranz gegenüber denjenigen, die das Asylrecht missbrauchen, ausnutzen oder kriminell werden.

GG, Art 16a:
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.
…
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. ….

Immanuel Kant hat in seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ erklärt, dass ein Fremder nur dann Besuchsrecht hat, wenn er sich rechtmäßig verhält. Dies stimmt genauso wie der Ausspruch von Johann Wolfgang von Goethe, der gesagt hat: „Wer sich den Gesetzen nicht fügen will, muss die Gegend verlassen, wo sie gelten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Irmer für Überprüfung der Mobiltelefone bei Asylbewerbern mit ungeklärter Identität

(red). Seit Februar letzten Jahres wird die Identität der Asylsuchenden mit Foto und Fingerabdruck auf einem Ankunftsnachweis festgehalten sowie Identifikationsnummer, Personen-, Identitäts- und Kontaktdaten wie Name, Geburtsdatum und Wohnort. „Ohne jeden Zweifel ein großer Fortschritt“, so der heimische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer, „doch keine Garantie dafür, dass Behörden nicht vorsätzlich falsche Informationen erhalten. Dass viele Angaben falsch sind, dafür spricht die Tatsache, dass etwa zwei Drittel aller Asylsuchenden ohne Pass oder andere brauchbare Identitätspapiere ankommen, aber 95 Prozent mit Handys.

Es sei für ihn völlig unverständlich, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu der Thematik erklärt habe, dass die Einsichtnahme in das Mobiltelefon nur auf freiwilliger Basis des Befragten möglich sei.

„Das grenzt schon an Nachtwächtermentalität“, so Irmer, und es begünstige diejenigen, die bewusst diesen Staat ausnutzen wollen. Deshalb müsse bei ungeklärter Identität und Nationalität grundsätzlich eine Handyauswertung erfolgen, denn die Wahrscheinlichkeit sei doch sehr hoch, dass entscheidende Verbindungsdaten zur eigentlichen Heimat gespeichert seien.

Grundsätzlich, und hier teile er die Auffassung des Innenexperten der Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, dürfe niemand hereingelassen werden, dessen Identität ungeklärt sei. Und wer an der Feststellung nicht mitwirke, habe null Anrecht darauf, nach Deutschland einreisen zu können und müsse unverzüglich an der Grenze zurückgewiesen werden. Wenn das nicht gehe, seien diese Personen in eine Transitzone zu überführen und dort solange festzuhalten, bis sie ihre wahre Identität preisgeben.

Er habe diesbezüglich Bundesinnenminister de Maizière angeschrieben und ihn gebeten, zu prüfen, ob die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden können, die Handys all der Asylbewerber auszuwerten, bei denen auch nur der leiseste Zweifel über die Herkunft besteht.

Irmer-Kritik an Datenschutz

Wenn zwischenzeitlich die Sprecherin des hessischen Datenschutzbeauftragten, Ulrike Müller, zum Thema Handykontrolle erklärt, dass sämtliche Asylsuchende ohne gültige Papiere unter Generalverdacht gestellt würden, sei dies aus seiner Sicht, so Irmer, blauäugig. Es gehe nicht um alle Asylbewerber. Es gehe ausschließlich um diejenigen, deren Identität nicht feststellbar sei oder die sich einer Identitätsfeststellung entziehen. Hier gehe die Sicherheit der Bevölkerung sowie der Schutz vor Sozialmissbrauch gegenüber dem steuerzahlenden Bürger vor. Wenn das Datenschutzgesetz eine solche Möglichkeit derzeit nicht hergebe, müsse eben das Gesetz geändert werden. Gesetze würden von Menschen gemacht. Deshalb seien sie auch veränderbar.

„Wie man“, so Irmer abschließend, „einen solchen Eingriff aus Sicht des Datenschutzes als ‘unverhältnismäßig’ bezeichnen kann, erschließt sich mir nicht. Es geht ausschließlich um die Sicherheit der Bevölkerung und um die Wahrung der Interessen des deutschen Steuerzahlers.“

DNA - Möglichkeiten ausnutzen

Falsch verstandene „Political Correctness“ erschwert Täterfindung

(red). Im Sinne der rechtstreuen Bürger, so der heimische CDU-Landtagsabgeordnete und Bundestagskandidat Hans-Jürgen Irmer, müsse der Staat den Sicherheitsbehörden all das an Instrumentarien an die Hand geben, was heutzutage technisch möglich ist, um einerseits Täter möglichst schnell zu ermitteln und um andererseits auch unschuldig in Verdacht geratene Personen entlasten zu können.

Dazu gehörten, so Irmer, auch die Möglichkeiten der DNA. Derzeit sei es nur erlaubt, mit Hilfe von DNA-Spuren das Geschlecht und letztendlich die Identität festzustellen, wenn beispielsweise eine an einem Tatort gefundene DNA-Spur in der Analysedatei des Bundeskriminalamtes (BKA) gespeichert sei. Unabhängig davon könnte man mit Hilfe der DNA-Spuren zusätzliche Aussagen über Herkunft und Aussehen treffen. Mit den heutigen Möglichkeiten der DNA-Analyse könnte man beispielsweise auch feststellen, welche Augen- und Haarfarbe ein Täter habe, wie alt er ca. sei und aus welcher geographischen Region er bzw. seine Vorfahren kommen.

Mit dieser erweiterten DNA-Analyse, deren Nutzung die derzeitige Rechtslage nicht hergibt, könnte man einerseits viele Verdachtsfälle von vorneherein zur Seite legen und andererseits sich auf die Spurensuche in deutlich konzentrierterer Form begeben, weil eben einige theoretisch potenzielle Täter von vorneherein auszuschließen sind. So wäre es vermutlich deutlich schneller möglich gewesen, den Studentinnen-Mörder aus Freiburg zu überführen, indem man sich von vorneherein auf einen jungen Mann aus dem asiatischen Raum hätte konzentrieren können.

„Kritiker dieser erweiterten DNA-Analyse“, so Irmer „begründen diese Kritik mit einem zu befürchtenden Rassismus“.

Aus seiner Sicht sei dies Unfug. Es gehe ausschließlich darum, den rechtstreuen Bürger zu schützen, Täter möglichst schnell dingfest zu machen und damit Prävention zu betreiben, um ihn möglichst schnell der gerechten Strafe zuzuführen. Er habe Bundesinnenminister de Maizière angeschrieben und ihn gebeten, mit den Koalitionsparteien zu prüfen, inwieweit gesetzliche Veränderungen kurzfristig umgesetzt werden können.

Herzliche Einladung

1. Sicherheitsmesse von „Pro Polizei Wetzlar“

Samstag, 4.3., 10 bis 18 Uhr, Rathaus Wetzlar

(red). Am Samstag, den 4.3. findet von 10 bis 18 Uhr die erste Sicherheitsmesse im Neuen Rathaus, Ernst-Leitz-Straße, Wetzlar, statt. Bei dieser Messe präsentieren heimische Firmen Produkte, die die Wohnungssicherheit erhöhen – von Klassikern bis Hightech. Bei freiem Eintritt sind alle Bürger eingeladen, sich darüber zu informieren, was man selbst zur Verbesserung der Wohnungssicherheit und des Wohnumfeldes beitragen kann.

Mit dabei sind:
Firma OCS, Lahnau: Einbruchmeldeanlagen, Brandmeldeanlagen und Videoüberwachungsmöglichkeiten.
Firma IT Concepts, Lahnau: Türspaltkameras, Teleskopkameras, Videoendoskop-Systeme.
Schreinerei Hedrich, Aßlar: mechanische Sicherheitseinrichtungen an Fenstern und Türen.
Firma Rolladen-Sauter, Lahnau: Sicherheitsglasscheiben, Beschlagssicherungsmöglichkeiten, Haustürschlösser neuester Generation.
Firma Scheidt Bauelemente, Hörbach: einbruchssichere Fenster und Türen.
Sicherheitsdienst Hoffmann, Reiskirchen: Sicherheitsdienstleistungen wie Objektbewachung und anderes.
Tresorbau Gümbel: Tresore und Wertschutzschränke.
Firma Dieter Sauter präsentiert Sicherheitsfenster und hochwertige Haustüren
Die Polizeiliche Beratungsstelle wird fachliche Tipps und Ratschläge geben.
Moritz Hundertmark von der Signal Iduna Gruppe informiert über Eigentumsversicherung in Form der PVAG Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft.
Werner Hain vom „Weißen Ring“, der umfassende Hilfe für Menschen, die von Straftaten betroffen sind, leistet.
Info-Stand von Pro Polizei.
Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Vorträge

Im Rahmen des Gesamtprogramms wird es im Rathaus-Sitzungssaal zwei Vorträge von Kriminalhauptkommissar Michael Michel von der Polizeilichen Beratungsstelle Lahn-Dill geben. Um 13.00 Uhr referiert er zum Thema „Wie halte ich Einbrecher **vor** der Tür?“ und um 16.00 Uhr zum Thema „Ein wachsamer Nachbar ist immer hilfreich“.

Firmen können sich noch anmelden

Sollten Firmen, die Produkte rund um diesen Bereich vertreiben, Interesse haben, sich bei der Sicherheitsmesse zu präsentieren, können sie sich noch bis Mittwoch, den 15.2. telefonisch unter **06441/97170**, per Fax **06441/76612** oder per E-Mail **info@propolizei-wetzlar.de** anmelden.

„Pro Polizei“ lädt zum Heringsessen ein

(red). Traditionell zwei Tage nach Aschermittwoch lädt die Bürgerinitiative „Pro Polizei Wetzlar“ ihre Mitglieder sowie interessierte Gäste zum Heringsessen ein. Am **Freitag, den 3.3., Beginn 19 Uhr** in „Tasch’s Wirtshaus“ (Spilburg) gibt es „Hering satt“ zum Preis von 8,88 Euro pro Person.
Im Rahmen dieses Heringsessen wird Kriminalhauptkommissar Christoph Lange vom Landeskriminalamt einen hochinteressanten Vortrag über ein Computerprogramm halten, das er mit entwickelt hat. Mit diesem Programm können mit einem relativ hohen Grad an Wahrscheinlichkeit Wohnungseinbrüche vorhergesagt werden, so dass die Polizei Präventionsmaßnahmen ergreifen kann. Dieses System ist in der Vergangenheit bereits getestet worden und hat überraschende Ergebnisse erzielt.

Aus **organisatorischen Gründen** wird um **Anmeldung bis spätestens Freitag, den 24.2.** entweder per Fax unter 06441/76612 oder per E-Mail info@propolizei-wetzlar.de gebeten.

Bieterabsage für Schulzentrum Wetzlar für Schulen ein Desaster

CDU fordert Umsetzung des ursprünglichen Spilburg-Konzeptes

(red). Vor wenigen Tagen musste die Kreisregierung einräumen, dass ihr Konzept, die Theodor-Heuss- und Käthe-Kollwitz-Schule sowie die Goetheschule am Standort im Bestand zu sanieren, zu renovieren und teilweise umzubauen, gescheitert ist. Es hat keinen Bieter für das auf 75 Millionen Euro gedeckelte Projekt gegeben.

Ein solches Großprojekt mit gedeckelten 75 Millionen Euro im Bestand zu sanieren, birgt sehr große Risiken, die offenbar kein Unternehmen eingehen wollte.

Seit 15 Jahren soll die Sanierung in Angriff genommen werden

Nachdem der damalige Schuldezernent Roland Wegricht/SPD seit 2003 den immer wieder eindringlich vorgetragenen Bitten und Anregungen der Schulleitungen der Käthe-Kollwitz- und Theodor-Heuss-Schule nicht nachgekommen war, ergriff die CDU 2009 die Initiative und erreichte an einem „runden Tisch“ mit allen im Kreistag vertretenen Fraktionen unter Einbeziehung von Stadt und TV Wetzlar einen gemeinsamen Antrag für den Neubau des Schulzentrums auf dem Gelände der Spilburg. Dieser interfraktionelle Antrag wurde damals im Kreistag einstimmig (!) angenommen.

Architektenwettbewerb, Fachplaner und Fachausschuss-Sitzungen entschieden sich für zwei Modelle in einer Größenordnung von 100 Millionen bzw. rund 125 Millionen Euro.

Schulzentrum beim Antrag zum „Schutzschirm“ nur vergessen?

2011 entschied sich die Kreisregierung, den „Schutzschirm“, des Landes Hessen in Anspruch zu nehmen, wodurch das Land Hessen für den Lahn-Dill-Kreis 65 Euro Altschulden übernahm. Im Gegenzug musste sich der LDK verpflichten, bis zum Jahr 2020 einen ausgeglichenen Kreis-Haushalt vorzulegen. Das geplante Schulzentrum wurde bei diesem Vertrag offenbar vergessen mit anzumelden.

Ein nachträglich eingereichter Genehmigungsantrag für die Ausgaben des Schulzentrums wurde vom Hessischen Finanzminister abgelehnt, da entsprechende Fristen abgelaufen waren und Ausnahmen in Bezug auf die Voraussetzungen des „Schutzschirms“ grundsätzlich nicht genehmigt wurden.

Im März 2014 beantragten SPD, FWG und Grüne daher eine Abkehr des ursprünglichen Kreistagsbeschlusses mit einer Ausgaben-Deckelung auf 75 Millionen Euro für eine „Sanierung im Bestand“. CDU und FDP lehnten diesen Antrag ab.

Besser als Nichts

Arbeitsgruppen, unter Einbeziehung der Schulleitungen, stimmten einer abgespeckten Varianten – *einer Sanierung im Bestand am jetzigen Standort* – für 75 Millionen Euro zu. Eine Variante, die der Kreistag am 1. Dezember 2014 mehrheitlich beschloss.

Die Bitte der CDU-Kreistagsfraktion, die Ursprungsüberlegungen noch einmal aufzugreifen, um mit abgespeckten Bauvarianten dennoch einen Neubau auf dem Spilburggelände zu ermöglichen, wurde abgelehnt. Das ursprünglich dafür erworbene Gelände auf der Spilburg wurde kurzerhand wieder verkauft.

SPD-Fraktionsvorsitzender David Rauber, Grünen-Fraktionsvorsitzende Thea Garotti, deren Stellvertreterinnen Martina Clement und Carmen Zülsdorf-Gerhard sowie FWG-Vertreterin Christa Lefèvre sahen in dem CDU-Vorschlag Wahlkampfambitionen, zusätzliche Kosten und zeitliche Verzögerungen, die den Schulen nicht mehr zuzumuten seien!

Handlungsbedarf dringend gefordert – nicht gehandelt

Schon 2008 hatte der damalige Schuldezernent Wegricht (SPD) erklärt, dass die Standsicherheit der Goetheschule nur noch bis 2013 gegeben sei und Handlungsbedarf sei unabdingbar. Gehandelt hat er nicht.

Der jetzige Schuldezernent H. Schreiber (Grüne) hatte der Landesregierung schriftlich mitgeteilt, dass die Theodor-Heuss- und Käthe-Kollwitz-Schule „unter gravierendem Raummangel“ leiden würden. Die prekäre Raumsituation, so der Schuldezernent, stelle eine erhebliche Belastung für Schüler und Lehrkräfte dar. Dies sei unzumutbar (!), dauere schon zu lange an und habe negative Folgen. Ständiger Raumwechsel, unterschiedlichste, weit entfernte Lernorte, Springstunden, Ausdehnung des Nachmittagsunterrichts seien üblich.

20 Container für die Theodor-Heuss-Schule sowie sechs für die Käthe-Kollwitz-Schule bedeuteten für Schüler und Lehrkräfte permanente Unruhe und Belastungen. Die pädagogischen Möglichkeiten seien durch die räumliche Enge ebenfalls erheblich eingeschränkt.

SPD-Fraktionsvorsitzender Rauber sprach im Kreistag am 31.3.2014 von der „großen Sanierungsnotwendigkeit“, und die Vertreterin der FWG, Lefèvre, wies in der Kreistagssitzung am 1.12.2014 darauf hin, dass die Schulen in einem Zustand seien, der jungen Menschen nicht mehr zugemutet werden könne.!

Versäumnisse der Vergangenheit

Versäumnisse – zu wenig in die Bauunterhaltung investiert zu haben – konstatierte nicht nur ein Sachstandsbericht über die Bausubstanz aller Schulgebäude, sondern bereits vor Jahren auch der Landesrechnungshof der SPD/FWG/Grünen-Kreisregierung, die seit Jahren die Verantwortung trägt.

Der Lahn-Dill-Kreis ist außerstande, die Baumaßnahme in Eigenregie durchzuführen

Nachdem der Kreis einräumen musste, keine Bieter gefunden zu haben, weil das Risiko zu groß ist, erklärte Landrat Schuster, dies sei alles kein Problem. Dann würde man dies eben selbst machen. So einfach werden eigene Bedenken und eigene Aussagen vom Tisch gewischt. Schuster ist daran zu erinnern, dass er selbst im Kreisausschuss im August letzten Jahres erklärte, dass bei einer Sanierung im Bestand mehr Unwägbarkeiten vorhanden seien. Die muss er jetzt bei dieser Konzeption selbst tragen. Darüber hinaus erklärte Schuster im Haupt- und Finanzausschuss am 13.5.2015, dass der Lahn-Dill-Kreis für das Projekt, wenn er das alleine umsetzen würde, Personal verstärken müsse, das in der derzeitigen Form durch die Verwaltung nicht gestemmt werden könne. Und er fügte im Bauausschuss am 7.12.2015 hinzu, dass die Baumaßnahme als solche nicht alleine zu stemmen sei, sondern mit externen Bauherren durchgeführt werden müsse. Im Kreistag am 4.7.2016 erklärte er, dass dieses Projekt mit einem Volumen von 75 Millionen Euro noch nicht einmal mit einem eigenen Projektsteurer umgesetzt werden könne.

Auch Schuldezernent Schreiber erklärte im Kreistag am 18.5.2015, dass die Bauabteilung dieses große Projekt nicht zusätzlich stemmen könne. In das gleiche Horn stoßen im Übrigen die Fachleute der Bauabteilung selber, die ausgeführt haben, dass dieses Bauprojekt eine Größenordnung habe, die man mit der eigenen Abteilung nicht stemmen könne (!). Im Übrigen seien Bauarbeiten, wie jetzt am Beispiel der Albert-Schweitzer-Schule, die während der Bauarbeiten in die Kestnerschule umgezogen war, hervorragend, weil man dann ein freies Baufeld habe, ohne auf schulische Belange Rücksicht nehmen zu müssen. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen.

Schulen: Sanierung im Bestand inakzeptabel

In einem gemeinsamen Schreiben im Jahr 2014 haben die Schulen dem Kreis mitgeteilt, dass eine Sanierung im Bestand völlig inakzeptabel und unrealistisch sei. Eine ehrliche Aussage, die zeitlos richtig ist, denn sechs Jahre Bauen im Bestand ist unter allen denkbaren Aspekten die Höchststrafe. Höchststrafe für die Schulen, für die Schüler, für die Kollegen, aber auch Höchststrafe für bauausführende Firmen, weil die Rücksichtnahmen und Koordinationen unglaublich groß sind.

Zeitverzögerung

Wenn der Kreis jetzt erklärt, dass man davon ausgehe, dass trotzdem im Sommer dieses Jahres der erste Spatenstich erfolgen könne, so ist das als leichtfertig zu bezeichnen, denn der Kreis muss nach eigener Aussage ja jetzt zusätzliches Personal einstellen. Es stellt sich die spannende Frage in Zeiten der guten Baukonjunktur: Woher bekomme ich die Architekten, die Fachleute für ein solches Projekt, die das steuern, denn die Bauabteilung hat ja ohne dieses Projekt ohnehin schon genügend zu tun. Sollen die Neueinzustellenden auf ein Jahr, auf zwei Jahre bestellt werden? Welche Qualifikationen haben sie…? Spannende Fragen, keine Antwort.

Wenn man allerdings den ersten Spatenstich mit dem Umbau der Toilettenanlage definiert, dann kann das möglicherweise sogar realistisch sein. Der Kreis hat auch in der Vergangenheit aus eigenem Verschulden Zeit verloren. Denn nach dem Grundsatzbeschluss im Dezember 2014 mit dem abgespeckten Modell wollte Schuldezernent Schreiber ein Erbbaurechtsmodell in Auftrag geben, um Kosten zu sparen, schneller vorangehen zu können, weniger Ausschreibungen vornehmen zu müssen usw. Dies begründete er damit, dass dies zwei andere Landkreise in Hessen auch schon so gehandhabt hätten. Nun hat man geplant, überlegt, und plötzlich musste man einräumen, dass dieses Modell rechtlich nicht mehr umsetzbar sei, so der Dezernent, weil „inzwischen“ Urteile ergangen seien, die das nicht mehr möglich machen würden.

Falschaussage

In den zuständigen Gremien war das Erstaunen groß. Die CDU hakte nach, um in Erfahrung zu bringen, von wann dieses dann offensichtlich aktuelle Urteil sei. Nachdem mehrmaligem Nachhaken musste der Dezernent dann einräumen, dass die Urteile bereits aus dem Jahr 2009 stammten. Wieder hatte man viele Monate unnütz verstreichen lassen mit Bindung von Arbeitskapazitäten.

Verstoß gegen Leitsätze?

Der Kreis hatte 2015 „Leitsätze zum Management von großen Baumaßnahmen“ verschickt, die von der Konferenz der Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder am 4. und 5.5.2015 in Berlin erstellt worden sind. Nach diesen Leitsätzen ist jeder öffentliche Bauherr verpflichtet, für alle Baumaßnahmen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen, wonach er vor der Bauplanung die Kosten, die Folgekosten und den Nutzen aller in Frage kommenden Lösungsmöglichkeiten für eine Bedarfsdeckung zu untersuchen hat. Dazu zählen im Übrigen auch die sogenannten Lebenszykluskosten.

Bis jetzt ist nicht bekannt, ob eine solche Untersuchung für dieses aktuelle Projekt im Vergleich zum ursprünglichen Spilburg-Neubauprojekt durchgeführt wurde.

Die CDU hat unter Verweis auf diese Leitzsätze deshalb beantragt, das Projekt Spilburg neu zu überdenken, da nach den Leitsätzen der Bauherr die Wirtschaftlichkeit einer Baumaßnahme erneut zu untersuchen hat, wenn sich wesentliche Rahmenbedingungen für die Fortführung der Baumaßnahme ändern.

Bezogen auf die angesetzten 75 Mio gab es lt. Aussage von Dezernent Schreiber im Haupt- und Finanzausschuss am 13.5.2015 nur eine „Grobskizze“ der Kostenplanung von 69 Millionen Euro – ohne die Kosten für Umzug und Container. Im Kreistag berichtete er am 2.2.2015, dass man jährliche Preissteigerungsraten nicht in Ansatz gebracht habe und für Unvorhergesehenes 10 Prozent der Gesamtkosten veranschlage.

Auf Seite 16 der Leitsätze ist zu lesen: „Pauschale Risikoaufschläge in Kostenermittlungen sind zu unterlassen.“ Und es heißt auf Seite 17 weiter: „Pauschal veranschlagte Mittel für eine ‘Risikovorsorge’ oder ‘für Unvorhergesehenes’ dient lediglich dazu, eine nicht abgeschlossene Bedarfsplanung, eine unzureichende Ermittlung weiterer Planungsgrundlagen oder – bei Umbauten – eine fehlende Bestandsaufnahme oder ähnliches zu kompensieren.“

Bauabschnitte in welchem Zeitplan?

Landrat Schuster hat aktuell angekündigt, dass man im Sommer 2017 mit „Bauabschnitten“ beginnen wird. In den Leitsätzen ist allerdings auch zu lesen, dass der öffentliche Bauherr Mittel für Baumaßnahmen erst dann veranschlagen darf, wenn ein Zeitplan vorliegt. Aus dem Zeitplan muss ersichtlich sein, welchen Zeitraum die gesamte Baumaßnahme von ihrer Planung über die Ausführung und Fertigstellung bis zur Rechnungslegung voraussichtlich beanspruchen wird. Baumaßnahmen, so ebenfalls in den Leitsätzen nachzulesen, „müssen zügig durchgeführt werden“.

Unabhängig von zusätzlich einzustellendem Fachpersonal könnten auch steigende Baupreise ein Problem werden, die im Übrigen nach Aussage des Schuldezernenten nicht bei der Planung berücksichtigt wurden.

CDU-Konzept ist zukunftsweisend

Erneut hat die CDU jetzt im Kreistag den Vorschlag unterbreitet, mit dem jetzigen Grundstückseigentümer in entsprechende Verhandlungen zu treten, um einen Teil des Schulzentrums auf dem Spilburg-Gelände in reduzierter Bauweise neu zu bauen und am bestehenden Standort die benötigten Schulgebäude effektiv zu sanieren. Aus Sicht der CDU ist dies die beste zukunftsfähige, pädagogisch und wirtschaftlich sinnvolle Lösung.

Vorteile liegen auf der Hand - Kosten

Der Kreis hat für die Umsetzung des CDU-Konzepts eine Größenordnung von 94 Millionen Euro ermittelt, die er mantraartig zu seinen gedeckelten 75 Millionen Euro in Relation setzt. Die 75 Millionen werden nicht reichen. Schreiber musste schon im Dezember 2014 einräumen, dass nach „heutigem Stand“ 75 Millionen benötigt werden. Die Unwägbarkeiten, die Preissteigerung hat er völlig ausgeklammert. Wenn man über den Zeitraum der geplanten Baumaßnahme in der Größenordnung von sechs Jahren nur 2,5 Prozent Preissteigerung pro Jahr annimmt, eine sehr realistische, eher unterdurchschnittliche Zahl, hat man schon 15 Prozent mehr. Hinzu kommen die verlorenen Jahre 2015/2016. Nicht eingeschlossen die geplanten Umzugs- und Herrichtungskosten der Kestnerschule, die während der Bauphase, da sie leer steht, als Ausweichquartier vermutlich für die Goetheschule dienen soll. Nicht eingeschlossen die Lösung des Parkplatzkonzeptes, der täglich notwendige Shuttle-Betrieb vom Parkplatz Finsterloh bis zur Kestnerschule, weil es dort keine Parkplätze für Schüler gibt. Nicht inbegriffen die notwendigen Aufstellungskosten für Container, ein wegweisendes Parkplatz-/Parkdeckkonzept. Lediglich 1,5 Millionen Euro sind dafür vorgesehen für 300 zusätzliche Stellplätze.

Schlecht gerechnet?

Spannend wird es auch, wenn man sich die Quadratmeterkosten anschaut, die der Kreis heute für die gewünschte Sanierung in der Größenordnung zwischen 1400 und 1900 Euro pro Quadratmeter ansetzt, während man bei der alten Version 2009 noch von 2300 Euro pro Quadratmeter ausging.

CDU-Konzept bietet Vorteile

1. Die Kosten werden im Endeffekt nicht höher werden als beim jetzigen geplanten Projekt.
2. Die Käthe-Kollwitz- und Theodor-Heuss-Schule könnten im Bereich der Spilburg in aller Ruhe durchgeplant, durchgebaut werden; Bauzeit ca. zwei Jahre.
3. Danach könnten die beiden genannten Schulen vom jetzigen Standort dorthin umziehen, wären in neuen Räumen, die alle pädagogischen Möglichkeiten eröffnen, ökonomisch gerechnet sind und ökologisch das umsetzen, was heute sinnvoll ist.
4. Die Goetheschule könnte in dem dann freien Gesamtkomplex die Räume ohne Stress nutzen, die weiter nutzbar sind, so dass die Baumaßnahmen deutlich weniger Belastungen für die Schule mitbringen.
5. Die Schulen müssen nicht über sechs Jahre Schmutz, Lärm und Belastungen ertragen.
6. Die Verkehrserschließung ist unproblematisch möglich und bedeutet eine Entzerrung der Verkehrsströme.
7. Es wäre genügend Platz für Lehrer- und Schülerparkplätze für die Berufsschüler.
8. Es gäbe genügend Parkplätze im Bereich der jetzigen Goetheschule, und die objektiv vorhandenen Probleme mit der Anwohnerschaft und dem Zielkonflikt Schwimmbad wären beseitigt.

Fazit:

Es wäre sehr zu wünschen, dass die Kreisregierung und die Kreistagsfraktionen von SPD, FWG und Grünen, wobei abzuwarten bleibt, ob die FDP als neuer Koalitionspartner bei ihrer ursprünglichen Linie bleibt oder sich dem alten Dreier-Bündnis unterordnet, sich überwinden können, einem sinnvollen, zielführenden und wegweisenden Vorschlag der CDU zu folgen, was die CDU ausdrücklich im Interesse der Schulen begrüßen würde, oder ob weiterhin die Devise gilt „Augen zu und durch“ und „Mehrheit ist Wahrheit“.

Schüler-Union Lahn-Dill zur Situation am Schulzentrum Wetzlar

Endlich handeln - Baulicher Zustand 4 -

Ein Rückblick: 2015 formulierten wir in unserem „Thesenpapier Lahn-Dill“ anlässlich unserer Mitgliederversammlung Folgendes: *„Dass die bauliche Lage am Schulzentrum Wetzlar eine Zumutung für viele Schüler ist, ist auch den Verantwortlichen im Kreis klar. Dennoch werden die gefassten Beschlüsse, die zu einer Verbesserung der momentanen Lage führen sollen, nicht umgesetzt. Aus einem geplanten Neubau wurde eine Sanierung, der Start der Maßnahmen wurde und wird immer weiter hinausgezögert. Das muss ein Ende haben! Deswegen fordert die Schüler Union Lahn-Dill die von SPD, Grünen und FWG geführte Kreisregierung auf, umgehend mit den notwendigen Baumaßnahmen zu beginnen und diese konsequent umzusetzen. Nur so kann ein erfolgreiches Lernen am Schulzentrum Wetzlar auch in der Zukunft garantiert werden.“*

Vor den Kommunalwahlen führten wir, gemeinsam mit der Jungen Union Lahn-Dill, eine breit angelegte Schülerumfrage an heimischen Schulen durch, unter anderem auch am Schulzentrum. In der Kategorie „baulicher Zustand“ bewerteten die Schüler der Theodor-Heuss-, der Käthe-Kollwitz- sowie der Goetheschule ihre Schule durchschnittlich mit einer 4-. Aber auch dieser klare Ausdruck der Unzufriedenheit scheint ungehört verpufft zu sein.

2016 fand das Thema erneut Eingang in unser Thesenpapier. Dort hieß es unter anderem: *„Der bauliche Zustand [des Schulzentrums] weist teils schwere Mängel auf. Oft schon wurden Versprechungen bezüglich eines Neubaus, dann einer Sanierung gemacht. Eins war allen Versprechungen gemein: Ihre Erfüllung wurde und wird immer weiter verzö-*

Benedikt Karl, Vorsitzender der Schüler-Union Lahn-Dill

gert. Hinzu kommen immer wieder Unsicherheiten wegen angeblicher oder tatsächlicher Änderungen der bisherigen Pläne. Diese Gesamtsituation hat sich auch nicht unter der neuen Kreisregierung, bestehend aus SPD, FWG, Grünen und FDP, zum Besseren gewandelt. Wir fordern die Verantwortlichen im Kreis dazu auf, Klarheit zu schaffen, ihre Versprechen sowie den Zeitplan einzuhalten und die Zustände am Wetzlarer Schulzentrum endlich zum Wohle aller Schüler zu verbessern.“

Nun, Anfang 2017, hat sich nicht viel geändert, außer dass der ursprüngliche Plan der Kreisregierung, ein Bauunternehmen für das ganze Vorhaben zu verpflichten, gescheitert ist. „Leider ist das Schulzentrum kein Wein, der mit der Zeit reift und besser wird“, kommentiert der Kreisvorsitzende der Schüler-Union Lahn-Dill, Benedikt Karl, selbst betroffener Schüler, den baulichen Zustand lapidar. Man fühle sich an eine Art heimischen BER erinnert; das Wort „Fiasko“, das der Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer geäußert habe, passe perfekt. Dass etwas Substantielles in diesem Jahr noch geschehe, glaube kaum noch jemand, so Karl im Hinblick auf die weit verbreitete Schülermeinung.

Und auch Alexander Arnold, stellvertretender Kreisvorsitzender sowie Landesgeschäftsführer der Schüler-Union Hessen, pflichtet dem bei: „Wir können unsere Forderungen aus den letzten Jahren nur wiederholen und rufen erneut dazu auf, endlich zu handeln statt zu verzögern!“ Gemeinsam schließen die beiden SU-Mitglieder mit dem Appell: „Gegenkonzepte vonseiten der CDU-Fraktion im Kreistag aus parteipolitischen Gründen vorschnell zu verwerfen, hilft nicht weiter – am wenigsten den Schülern, die das politische Versagen ausbaden müssen.“

Tageszulassung Hyundai i30 1.4 Passion
unverbindliche Preisempfehlung: 20.550,- EUR¹
Aktionspreisvorteil: 5.560,- EUR²

Unser Aktionspreis: 14.990,- EUR

Kraftstoffverbrauch: innerorts 7,5 l/100 km, außerorts 4,9 l/100 km, kombiniert 5,8 l/100 km; CO_2-Emission kombiniert: 135 g/km; Effizienzklasse C. Nach EU-Messverfahren.

Auto Merkur I.Bernhardt GmbH
Dillfeld 27, 35576 Wetzlar
Telefon: 06441 91090
www.auto-merkur.de

HYUNDAI

Fahrzeugabbildungen enthalten z. T. aufpreispflichtige Sonderausstattungen.
¹ Unverbindliche Preisempfehlung der Hyundai Motor Deutschland GmbH, Kaiserleipromenade 5, 63067 Offenbach. Inkl. Überführungskosten in Höhe von 850,- EUR.
² Gegenüber der unverbindlichen Preisempfehlung der Hyundai Motor Deutschland GmbH.

5 JAHRE GARANTIE OHNE KILOMETER-BEGRENZUNG*

* Serienmäßig ohne Aufpreis und ohne Kilometerbegrenzung: die Hyundai Herstellergarantie mit 5 Jahren Fahrzeuggarantie sowie 5 Jahren Mobilitätsgarantie mit kostenlosem Pannen- und Abschleppdienst (gemäß den jeweiligen Bedingungen im Garantie- und Serviceheft). Fünf kostenlose Sicherheits-Checks in den ersten 5 Jahren gemäß Hyundai Sicherheits-Check-Heft. Für Taxis und Mietwagen gelten generell abweichende Regelungen.

Junge Union Wetzlar und Lahn-Dill

Jugend leidet unter Verantwortungslosigkeit der Kreiskoalition

(A.V.) Seit mehr als zehn Jahren wird im Lahn-Dill-Kreis über den Um- und Neubau des Schulzentrums gestritten. Die Kreiskoalition ist seither unbelehrbar und stur. Statt Vorschläge der CDU-Fraktion in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen, wurden und werden sie von Anfang an verworfen.

Die Junge Union würde einen Neubau des Schulzentrums in der Spilburg und die Sanierung der Goetheschule begrüßen und forderte dies bereits 2011. Die Idee eines „Hessencampus“ oder „Goethecampus“ zusammen mit StudiumPlus/THM und den weiteren Vorhaben vor Ort würde den Bildungsstandort Wetzlar stärken und zukunftsfähig machen. Das Argument, dass sich Sportanlagen und Schwimmbad nicht in unmittelbarer Nähe befinden, ist hinfällig. „Falls

Akop Voskanian, Vorsitzender der Jungen Union Wetzlar

der Landrat nicht ortskundig ist, sind wir gerne bereit, die Örtlichkeiten gemeinsam zu begehen“, so der Vorsitzende der Jungen Union Wetzlar, Akop Voskanian. Schon jetzt findet Sportunterricht teilweise im Kletterzentrum oder an der Lahn statt.

Die Situation an den Schulen wird moderner Bildungspolitik nicht gerecht. „Seit Jahren ist das Schulzentrum nur ein Provisorium“, beklagt Voskanian. „Räume sind oder waren teilweise nicht begehbar und das Parkplatzproblem wird nicht angegangen und abgetan, um nur einige Beispiele zu nennen.“

Nach erfolgloser Ausschreibung stellte sich heraus, dass offenbar kein privater Träger das Risiko für eine Sanierung zu tragen bereit ist, so dass wieder die öffentliche Hand herhalten muss. Das ist verantwortungsloser Umgang mit Steuergeldern,

Leo Müller, Vorsitzender der Jungen Union Lahn-Dill

wenn Investitionen nicht langfristig gesehen werden. „Wenn man nicht aufpasst, könnte sich das Schulzentrum in Wetzlar zu einem Fass ohne Boden entwickeln. Es muss endlich etwas passieren. Jede weitere Verzögerung geht auf Kosten der Schüler!“, bekundet Leo Müller, Kreisvorsitzender der JU Lahn-Dill.

Erst wird eingeräumt, dass die Kreisverwaltung mit der Aufgabe des Neubaus überfordert ist und jetzt will man dieses Vorhaben wieder in den kompletten Verantwortungsbereich der Schulbauabteilung bringen. „Das Handeln mit Weitblick sieht anders aus, aber das ist man in dieser Sache von SPD, Grünen und FWG ja gewöhnt“, so Voskanian weiter.

Zu hoffen bleibt, dass sich die Kreisregierung im Sinne der Jugend auf die Union zubewegt und eine gemeinsame Lösung gefunden wird.

Weihnachtspreisrätsel 2016

Knapp 2500 Einsendungen

1. Preis ging an Frank Hels aus Wetzlar

(red). Seit über 20 Jahren veröffentlichen wir in der Dezember-Ausgabe des „Wetzlar-Kurier“ das große Preisrätsel, bei dem es mittlerweile insgesamt knapp 60 Preise, darunter attraktive Reisen, zu gewinnen gibt. Beim Preisrätsel 2016 hat die Redaktion knapp 2500 Einsendungen erhalten, darunter gut 90 Prozent aus dem Lahn-Dill-Kreis. Der Rest verteilte sich auf die benachbarten Landkreise Limburg-Weilburg, Gießen, Marburg-Biedenkopf. Aber es gab auch Einsendungen aus Wiesbaden, Südhessen, Bayern, Berlin, Norddeutschland…

99,9 Prozent hatten die richtige Lösung „Weihnachtsstern“ gefunden. Aus 17 Städten und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises wurden Gewinner gezogen, darunter elf aus Wetzlar, sechs aus Hohenahr, fünf aus Greifenstein, fünf aus Solms. Der Rest verteilt sich auf die anderen Kommunen. Die Gewinner der Reisen von Platz 5 bis Platz 13: Christiane Radebold, Sinn; Fritz Weil, Hohenahr; Marina Kurz, Solms; Jürgen Ferger, Solms; Horst Gundlach, Hohenahr; Annemarie Spahn, Haiger; Anja Tapp, Ehringshausen; Andreas Chmielinski, Greifenstein; Karin Kuhn, Wetzlar.

Außerdem wurden Gutscheine u.a. für das Modehaus Beck, Wetzlar; den „Wetzlarer Hof“, das Gasthaus „Zum Anker“, den „Goldenen Hirsch“ in Vollnkirchen, Steakhaus „Bolero“, Wetzlar; Gasthaus Decker, Bellersdorf; Hotel Bürgerhof/Postreiter, „Grillstuben“ in Wetzlar; Hotel Blankenfeld, Café Vogel, Braunfels; „Tasch’s Wirtshaus“, Forum Wetzlar; Schneider Sports, Herborn; Sporthaus Kaps, Solms; Blumenhof Rosenberger, Salzgrotte Gießen, verlost.

Das Foto zeigt die Gewinner v.l.: Frank Hels (1. Preis), Herausgeber Hans-Jürgen Irmer, Klaus Knetsch (4. Preis), Günter Stahl (3. Preis) und Markus Posern (2. Preis).

Das sind die Gewinner der Hauptpreise

1. Preis 7 Tage in Hurghada am Roten Meer (Ägypten) in der Pension „Sweet Home“ von Erika Huck für 2 Personen mit Halbpension: Frank Hels, Wetzlar

2. Preis 5 Tage (4 Übernachtungen) mit Halbpension für 2 Personen im Viersternehotel „Sporthotel Royer“ in Schladming: Markus Posern, Biebertal

3. Preis 5 Tage (4 Übernachtungen) mit Frühstück für 1 Person im Viersternehotel „Schwaigerhof“ in Schladming: Günter Stahl, Schöffengrund

4. Preis 4 Tage (3 Übernachtungen) mit Halbpension im Hotel „Alpenhof“ in Wallgau, geführt von Gabi Seegerer, die viele Jahre als Geschäftsführerin des ehemaligen Hotels Mercure in Wetzlar (heute Michel Hotel), tätig war: Klaus Knetsch, Greifenstein.

Den vier Hauptgewinnern wurde der Gutschein in Form einer gemeinsamen Übergabe persönlich überreicht.

Die Redaktion gratuliert allen Gewinnern und hofft, so Herausgeber Hans-Jürgen Irmer, dass auch beim Weihnachtspreisrätsel 2017 wieder viele mitmachen.

200 Millionen Christen leiden weltweit unter Verfolgung

100.000 Morde jährlich – und der Westen schweigt

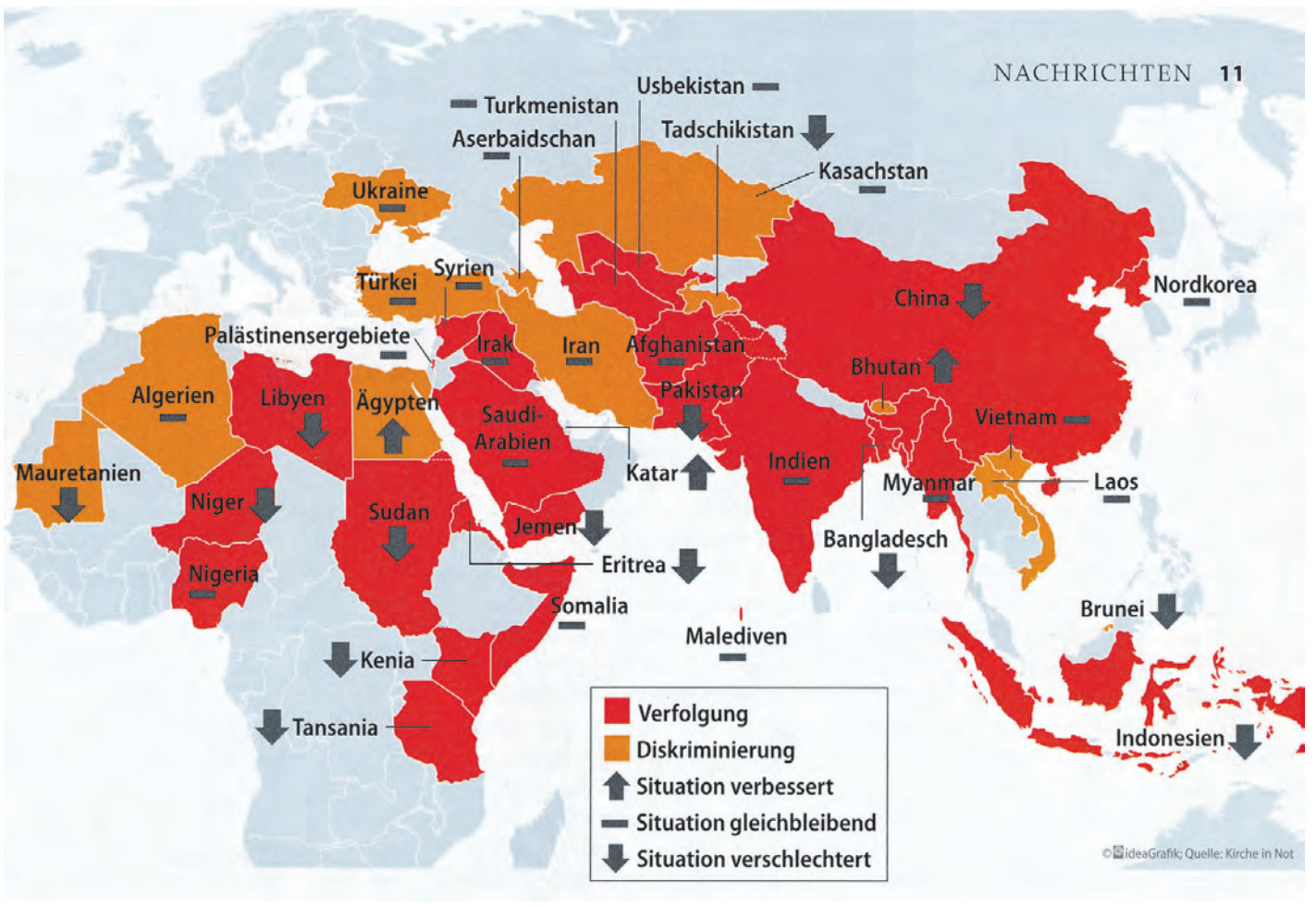
(red). Das evangelikale Hilfswerk „Open Doors" weist jedes Jahr auf die Lage bedrohter Christen hin. Für das vergangene Jahr kommt„Open Doors" zum Ergebnis, dass etwa 200 Millionen Menschen christlichen Glaubens akut verfolgt, bedroht, schikaniert und ihrer Religions- und Meinungsfreiheit beraubt wurden.
Und so sieht die unrühmliche Rangfolge der Christenverfolgungsländer aus:

1. **Nordkorea**
2. **Somalia**
3. **Afghanistan**
4. **Pakistan**
5. **Sudan**
6. **Syrien**
7. **Irak**
8. **Iran**
9. **Jemen**
10. **Eritrea**
11. **Libyen**
12. **Nigeria**
13. **Malediven**
14. **Saudi-Arabien**
15. **Indien**
16. **Usbekistan**
17. **Vietnam**
18. **Kenia**
19. **Turkmenistan**
20. **Katar**

Von den ersten zehn sind acht islamisch regiert.

Tendenz steigend

Leider ist die Tendenz, Christen zu verfolgen, steigend. Aktuell besonders auch in asiatischen Ländern wie in Pakistan, Indonesien und Bhutan oder in afrikanischen Ländern wie dem Tschad, dem Sudan, Nigeria, der zentralafrikanischen Republik Mali mit den Schlächtern von Boko Haram, Eritrea, aber auch Kenia und Libyen.



Wo bleibt der Aufschrei?

Es ist Organisationen wie „Open Doors" oder auch der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" mit Sitz in Frankfurt, Publikationen wie dem „Idea-Spektrum" oder der Zeitschrift „pro" und gelegentlich der einen oder anderen Tageszeitung/Wochenblatt zu verdanken, dass das Thema erörtert wird. Es sind häufig evangelikale Bewegungen, die sich in besonderer Weise um diese Thematik kümmern. So hat der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Michael Diener, laut und vernehmlich verstärkte Solidarität mit verfolgten Christen gefordert. Von den deutschen Spitzenpolitikern hört man diesbezüglich nicht allzu viel, sieht man einmal von Volker Kauder, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab, der sich regelmäßig mit dieser Thematik auch öffentlich befasst.

Woran es liegt, dass man sich mit dieser Thematik so wenig befasst, ist schwer erklärbar. Normalerweise müssten die beiden großen christlichen Kirchen zu bestimmten Tagen oder aus bestimmten Anlässen die Kirchenglocken läuten lassen, um in Erinnerung zu rufen, dass ihre christlichen Glaubensbrüder und -schwestern in über 50 Staaten dieser Welt jeden Tag verfolgt, drangsaliert, schikaniert, gefoltert und brutal getötet werden. Tun sie sich vielleicht so schwer, weil es weitestgehend islamische Länder sind, die sich besonders bei der Christenverfolgung hervortun?

Wenn man nämlich einerseits stets predigt, Islam bedeute Frieden, dann fällt es eben schwerer, auf den offensichtlichen Widerspruch hinzuweisen, der sich daraus ergibt, dass es praktisch kaum islamische Staaten gibt, in denen Freiheitsrechte, Religionsfreiheit und weitere Menschenrechte wie Meinungsfreiheit und die Gleichstellung von Mann und Frau gewährt werden.

Wenn alle islamischen Staaten dieser Welt die gleichen Rechte ihren Andersgläubigen gewähren würden, wie es der Westen zu Recht beispielsweise gegenüber Muslimen, Buddhisten und Hindus tut, dann könnte man über das Thema Friedfertigkeit des Islam sicherlich anders urteilen als es derzeit der Fall ist. Hilfreich wäre es sicherlich auch, wenn der Deutsche Bundestag einen Tag der verfolgten Christen ausrufen würde, um sich in einer Sondersitzung mit dieser Thematik offen und ehrlich und differenziert auseinanderzusetzen.

Zu der Differenzierung gehört, dass die meisten Menschen, die muslimischen Glaubens sind, genauso friedlich leben wollen wie Christen oder Vertreter anderer Religionen. Zur Differenzierung gehört aber eben auch die Klarstellung, dass Staaten islamischer Prägung und mit islamischen Regierungen nicht dazu beitragen, die für uns selbstverständlichen Freiheiten und Rechte denen gegenüber zu gewähren, die anderen Glaubens sind oder vom Islam zum Christentum übertreten wollen. Darauf steht im Übrigen für diese Konvertiten im Koran die Todesstrafe.

Deshalb müsste auch im Deutschen Bundestag in differenzierter Form die Forderung kommen, dass der Islam eine Aufklärung benötigt. Und man muss deutlich machen, an welchen Stellen sich der Koran nicht mit dem Grundgesetz deckt.

Zitat

Der Publizist Alexander Kissler hat auf cicero.de über die weltweite Christenverfolgung und das Desinteresse des Westens wie folgt formuliert (nachzulesen auch im „Idea-Spektrum" vom 21.12.2016): „Auch das kommende Jahr dürfte im Zeichen der Christenverfolgung stehen. Sei es Leisetreterei aus Angst, aus einem Schuldkomplex, aus religiöser Vergesslichkeit, die allerschlechteste Reaktion. Das Böse verschwindet nicht, wenn man ein Tuch darüberlegt. Gefragt sind Klarheit, Wahrheit, Bekennermut.

Zumindest das ließe sich 2017 von Martin Luther lernen." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Fahrrad~Wolf
BERATUNGSKOMPETENZ
Kalsmuntstraße 24
35641 Schöffengrund-Laufdorf
Telefon
(0 64 45) 71 12
Der Sommer wird kommen...
Unser Angebot für Sie ist schon da!
VICTORIA E-RAD „5.7/5.8"
mit BOSCH Antrieb, hydraulischen Magura HS11 Bremsen oder Rücktrittbremse zum SOMMERPREIS
nur 1.999,- Euro
* Hol- und Bringservice *
Durchgehend geöffnet von 10.00 bis 18.30 Uhr
und samstags von 9.00 bis 13.00 Uhr

Sonntag, 19.2., 17 Uhr, öffentliche Veranstaltung:

„Christenverfolgung – Betroffene berichten"

(red). Zum dritten Mal laden der Christliche Medienverbund KEP, der Evangelische Arbeitskreis der CDU Lahn-Dill, die Evangelische Allianz und der Evangeliums-Rundfunk mit Unterstützung der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) Menschen ein, die in unterschiedlichen Ländern deshalb verfolgt wurden, weil sie Christen sind.
Am Sonntag, den 19.2., Beginn 17 Uhr, werden in den Räumen des Evangeliums-Rundfunks in Wetzlar-Dalheim vier Betroffene aus Syrien, Nigeria, Ägypten und dem Irak jeweils etwa eine viertel Stunde über ihr Leben und ihre Probleme berichten. Ziel der Veranstaltung ist es, denjenigen eine Stimme zu geben, die ob ihrer festen Gotteshaltung leiden müssen, ihnen auch im fernen Ausland zu signalisieren, dass sie nicht vergessen sind, dass es Menschen gibt, die für sie beten und die versuchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihnen zu helfen.
Jedermann ist herzlich eingeladen. Eintritt frei.

-Anzeige-

Aus der Arbeit der CDU Fraktion im Stadtparlament Wetzlar

CDU Fraktion berät den Haushaltsplanentwurf

(M.H.)Alle Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wetzlar werden vom Stadtkämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für jedes Jahr im Vorfeld geplant. Wenn alle Einnahmen und Ausgaben zusammengetragen sind, werden sie zu Themengebieten, zu Produkten bzw. Produktgruppen, zusammengeschrieben. Diese Zusammenfassung muss der Stadtkämmerer den Stadtverordneten vorlegen. Die Stadtverordneten haben dann einiges zu lesen, in diesem Jahr umfasst der Haushaltsplan des Kämmerers 583 Seiten!

Einige Punkte in diesem Zahlenwerk werden von den Stadtverordneten nicht oder nur sehr selten kritisiert. Beispielweise die Ausgaben für Kinder- und Jugendpflege, Ausgaben im Kindergarten- bzw. Kindertagesstättenbereich oder auch Posten wie Drucker, Toner, Kopierpapier etc.

Zum Teil gibt es hier gesetzliche Vorgaben, die die Stadt Wetzlar erfüllen muss, sodass es hier keinen Spielraum für Veränderungen durch die Stadtverordneten gibt. An anderer Stelle gibt es Spielräume.

CDU Fraktion Wetzlar

Hierüber hat die CDU Fraktion eine Klausurtagung gemacht und an zwei vollen Tagen den Haushaltsplan gelesen, interpretiert und vor allem Veränderungsvorschläge erarbeitet. Unsere Vorschläge werden, genau wie die Vorschläge der anderen Fraktionen, in den laufenden Ausschusssitzungen und abschließend in der Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2017 diskutiert und abgestimmt.

Interessant ist, dass es ausschließlich Anträge der CDU, der FDP und der NPD gibt. Grüne, Linke, Freie Wähler und SPD stellen keine Änderungsanträge zum Entwurf des Kämmerers.

Unsere Anträge im Überblick:

1. Wir wollen, dass es in Zukunft möglich ist, dass **Bebauungspläne digital** erfasst werden (auch rückwirkend) und so die papierlose Arbeit und auch die Kommunikation mit Architekten usw. erleichtert wird.
2. Wir wollen, dass die **Busfahrkarten** aus der WetzlarCard herausgestrichen werden. Hierdurch können die Kosten von 127.500 Euro auf 8.500 Euro gesenkt werden.
3. Wir wollen, dass die **Wetzlarer Musikschule** endlich behindertengerecht umgebaut wird! Es gibt hierfür schon Pläne, es muss jetzt auch eine Umsetzung folgen. Dafür beantragen wir 300.000 Euro.
4. Wir wollen, dass die kreativen Ideen für unser **Freibad Domblick,** die im Rahmen der Bürgerbeteiligung entstanden sind, auch umgesetzt werden. Da nicht sicher ist, ob noch Geld von letztem Jahr übrig ist und für dieses Jahr kein Geld vorgesehen ist, beantragen wir, dass 75.000 Euro für die ersten Schritte zur Verfügung gestellt werden.
5. In **Münchholzhausen** ist ein Gewerbegebiet geplant. Wir sind für Gewerbegebiete, weil die Ansiedlung von Unternehmen Arbeitsplätze schafft und damit Wohlstand bringt. Allerdings ist das Gewerbegebiet Münchholzhausen-Nord von der Planung schon ziemlich veraltet. Wir wollen deshalb, dass dort nicht gebaut wird, sondern zunächst in einem Bürgerbeteiligungsverfahren geprüft wird, wie sinnvoll dieses Gewerbegebiet an dieser Stelle ist. Einsparung für dieses Jahr: 350.000 Euro.
6. Wir wollen, dass die Stadt Wetzlar 1,5 Mio. Euro für die Umstellung der **Straßenbeleuchtung** auf LED-Technik ausgibt. Wir fordern das seit Jahren. Durch die Umstellung würden wir eine Menge Strom einsparen, etwas für die Umwelt tun und die Belästigung durch Streulicht würde abnehmen. Die LED-Laternen amortisieren sich bereits nach wenigen Jahren!
7. Der Leitz-Platz ist für knapp 2Mio. Euro behindertengerecht umgebaut worden. Wir fordern, dass die Querung **„Neustadt Unterführung"** ebenfalls behindertengerecht umgebaut wird. Dies ist für deutlich weniger Geld möglich, da hier bereits einige Teile behindertengerecht sind. Lediglich ein letzter Abschnitt müsste noch umgebaut werden. Kosten: ca. 100.000 Euro. Sinnvoll angelegtes Geld, zumal in diesem Bereich ein neues Altersheim gebaut wird.
8. Entlang der **B49 in Dalheim** muss ein Lückenschluss in der **Schallschutzmauer/-wand** her. Da die Stadtregierung hier noch nicht zu kreativen Lösungen bereit ist, fordern wir das Mindestmaß nämlich einen subjektiven und optischen Schallschutz in Form von Bäumen und Sträuchern. Kosten: 10.000 Euro.
9. Der Neubau des **Stadthauses** am Dom ist in der Planung und soll in den kommenden Jahren realisiert werden. Wir haben uns in der Vergangenheit zur Vertragsgestaltung zwischen Stadt und Investor geäußert. Da nicht sicher ist, ob es wieder öffentlich zugängliche Parkmöglichkeiten geben wird, muss die Stadt bei Bedarf selbst ein Parkdeck bauen lassen. Hierfür beantragen wir 2 Mio. Euroals Verpflichtungsermächtigung.

Am 5. März 2017 ist Bürgermeister-Wahl in Lahnau.

Die CDU Lahnau hat Silvia Wrenger-Knispel als Kandidatin aufgestellt.

„Ich freue mich über diese politische Herausforderung und möchte Bürgermeisterin der familienfreundlichen und lebenswerten Gemeinde Lahnau werden."

Im Vordergrund steht bei mir der Mensch! Hierfür stehe ich:

- **Bürgernähe leben und erleben**, also das Ohr am Puls der Zeit, wird bei mir wichtiger Bestandteil sein. Bürgersprechstunden und Bürgerversammlungen werden zu wichtigen Themen meiner Amtszeit, aber auch selbst aktiv auf die Bürger zugehen und fragen, wo der Schuh drückt.
- Lahnau ist eine attraktive Gemeinde, die es weiterzuentwickeln gilt. Wir brauchen neue Wohn-Baugebiete mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum für Singles, Familien und Senioren zu schaffen. Dafür stehe ich.
- Mit der Förderung von Tagespflegeeinrichtungen und seniorengerechtem Wohnen kann die **Lebensqualität im Alter** erhalten und gefördert werden.
- Die bereits hohen Qualitätsstandards in der **Kinderbetreuung** und die konzeptionelle Vielfalt unserer Kindertagesstätten müssen gesichert und weiterentwickelt werden. Kindergartengebühren müssen finanzierbar bleiben für Eltern und Gemeinde.
- Bei der **Grundschule Waldgirmes** gibt es für mich keine Kompromisse, **dafür werde ich mich einsetzen:**
  > Anbau statt Container-Lösung!
  > Bauliche Erweiterung zur Ganztagsschule!
  > Endlich eine Pausenhof-Überdachung!
- Die Attraktivität unseres **Hallenbades** muss auch für die Zukunft erhalten bleiben. Schwimmunterricht für unsere Kinder im Rahmen des Schulsports oder über die DLRG muss weiterhin gewährleistet sein. Jedes Kind sollte schwimmen können!
- Die vorbildliche und vielfältige **ehrenamtliche Arbeit** in Lahnau ist ein wichtiger Bestandteil unseres Zusammenlebens. Dies gilt es zu stärken, anzuerkennen und auch dafür zu werben.
- Was gut ist, soll gut bleiben: Dies gilt für unsere **verantwortungsvolle Finanzpolitik**. Oberstes Ziel ist es für mich, in Lahnau weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Dadurch sind freiwillige Leistungen wie z.B. Zuschüsse an die Vereine überhaupt erst möglich.
- Unsere starken mittelständischen Unternehmen und Betriebe sind Grundlage für ein finanzstarkes Lahnau. Mit der Ausweisung weiterer **Gewerbegebiete** haben wir die Chance, neue Arbeitsplätze in die Gemeinde zu holen. Mit der Erweiterung vorhandener Gewerbegebiete geben wir ortsansässigen Unternehmen die Möglichkeit zum Wachstum.
- Mit der Einführung von **wiederkehrenden Straßenbeiträgen** können die Kosten für eine grundhafte Erneuerung unserer Straßen auf viele Schultern verteilt werden. Ein kleinerer Beitrag für Viele statt eines großen Beitrags für Wenige!
- Die **Lahnaue** zwischen Gießen und Wetzlar schützen und bewahren und sich ein Mitspracherecht sichern.

Wenn Sie mir bei der Umsetzung meiner Ziele helfen möchten, dann bitte ich um Ihre Stimme am 5.3.2017.
Ihre Silvia Wrenger-Knispel

Silvia Wrenger-Knispel

Einladung

Donnerstag 16.2. 19 Uhr

Silvia Wrenger-Knispel

spricht zur Bürgermeisterwahl

und

Hans-Jürgen Irmer MdL

in Kurzform zur Inneren Sicherheit

Ort:

Haustädter Mühle / Waldgirmes

Entwicklungspolitik wird eine der Kernaufgaben von Politik in den nächsten Jahren

Gerhard Debus und Heinz Gerhardt wurden beim Neujahrsempfang für langjährige Treue geehrt

(seb). Der Neujahrsempfang der Haigerer CDU zum Thema „Bekämpfung von Fluchtursachen" war auch in diesem Jahr gut besucht. Haigers CDU-Vorsitzender Sebastian Pulfrich konnte mit der Bundestagsabgeordneten Sibylle Pfeiffer eine absolute Expertin im Bereich Entwicklungspolitik begrüßen. Musikalisch begleitet wurde die Traditionsveranstaltung von Miriam Abel-Zapf und Steffen Runzheimer.

In seiner Begrüßung machte Sebastian Pulfrich deutlich, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht werden müsse, ohne sich selbst komplett aufzugeben. „Demjenigen, der Hilfe braucht, muss geholfen werden", betonte Pulfrich. Dies würde aber nur gelingen, wenn alle EU-Länder an einem Strang ziehen und sich nicht wegducken, sobald etwas von ihnen verlangt wird. In Bezug auf die innere Sicherheit brauchte der CDU-Vorsitzende seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die aktuellen Gesetze konsequenter umgesetzt werden.

Referentin Sibylle Pfeiffer, die seit sieben Jahren entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, brachte einige interessante Aspekte mit nach Haiger. So sind derzeit rund 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. 1,5 Millionen davon haben den Weg nach Deutschland gefunden, „weil die Bundesrepublik das beste Land der ganzen Welt ist", so Pfeiffer. In Bezug auf die internationale Gemeinschaft führte die Christdemokratin aus, dass man die Situation in den Flüchtlingslagern unterschätzt und in der Folge versagt habe.

In Bezug auf Wirtschaftsflüchtlinge machte Pfeiffer klar, dass es keinen Grund gebe, diese aufzunehmen. Ein Einwanderungsgesetz könne hier Abhilfe schaffen. Mit Blick in die Zukunft wurde den Zuhörern vor Augen geführt, dass es in den nächsten Jahrzehnten eine große Flüchtlingswelle aus Afrika geben werde. „Hier müssen wir schon heute ansetzen und überlegen, was man vor Ort machen kann, um die Situation der Menschen zu verbessern", betonte Pfeiffer.

Kernaufgabe sei es, Demokratie- und Politikberatung in den Entwicklungsländern durchzuführen. Ohne eine Stabilisierung der politischen Lage vor Ort könne man nicht viel erreichen. Hauptpfeiler seien dabei eine gute Ernährungslage, bessere Bildung, eine funktionierende Gesundheitsversorgung und schlüssige Energiekonzepte. „Da der Klimawandel gerade in den Entwicklungsländern spürbar ist, muss hier ganz anders agiert werden", so die Referentin aus Wetzlar.

Den vielen Schleusern, die derzeit weltweit mit dem Thema Flucht mehr Geld machten als mit Drogen, müsse zudem verstärkt das Handwerk gelegt werden. Hinzu sei eine stärke finanzielle Unterstützung der Länder notwendig, die an den EU-Außengrenzen liegen.

„Es muss klar sein, wer ins Land kommt" macht Sibylle Pfeiffer deutlich. Zwei weitere Bausteine, um vor Ort zu unterstützen, wurden ebenfalls vorgestellt. Zum einen sollte man Flüchtlinge mit Geldmitteln unterstützen, die zurück in ihr Herkunftsland wollen. So sei dort eine Zukunft möglich. Zum anderen wäre es überlegenswert, Entwicklungshilfe als „Lohn" für diejenigen zu zahlen, die ihr Land wieder aufbauen. Für ihre Ausführungen bekam Sibylle Pfeiffer, die seit 2002 im Bundestag sitzt, viel Applaus. Pfeiffer wird im Herbst nicht mehr kandidieren.

Im Rahmen des Neujahrsempfangs wurden Gerhard Debus (Niederroßbach) und Heinz Gerhardt (Weidelbach) für ihre langjährige Parteizugehörigkeit von Sibylle Pfeiffer, Clemens Reif (MdL) und Sebastian Pulfrich ausgezeichnet. Gerhard Debus gehört der Union 60 Jahre an und Heinz Gerhardt 40 Jahre. „Ihr habt durch eure hartnäckige Art viel für die Bürgerschaft erreicht", betont Sebastian Pulfrich abschließend bei der Laudatio. Der Empfang klang bei guten Gesprächen und allerlei Leckereien nach zwei Stunden aus.

Heinz Gerhardt (2. v.l.) und Gerhard Debus (2. v.re.) wurden von Sebastian Pulfrich, Sibylle Pfeiffer und Clemens Reif (von links) für 40 bzw. 60 Jahre Parteizugehörigkeit ausgezeichnet.

Infraschallgefahren neu überdenken

Siegbacher Bürger klagen über Windkraftanlagen

(red). Im Rahmen der Bürgersprechstunde des heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer waren Bürger aus Siegbach zu Besuch, um auf den Infraschall der rund um Siegbach stehenden Windkraftanlagen aufmerksam zu machen, die zwischen Hartenrod, Günterod und Eisemroth aufgestellt sind.

In dem übergebenen Schreiben heißt es bezüglich der Erfahrungen mit Windkraftanlagen rund um Siegbach wie folgt: „Man spürt bei entsprechenden Windlagen Tag für Tag, Nacht für Nacht, die Übertragung der Körperschallwellen in die Fundamente eines Wohnhauses. Es ist nicht die Lautstärke, die einem zu schaffen macht. Es ist das ständige Dröhnen und Brummen, dem man nicht entgehen kann. An ruhigen Schlaf ist überhaupt nicht zu denken, obwohl beim Schlafen Gehörschutz benutzt wird, je nach Windrichtung mal weichere, mal härtere Ohrstöpsel.

Aber auch diese können die tiefen Brummfrequenzen nicht dämpfen. Beim Zeitunglesen oder Fernsehschauen oder einer anderen konzentrierten Tätigkeit wird man ständig durch dieses Brummen abgelenkt. An eine konzentrierte Tätigkeit ist in diesen Momenten gar nicht zu denken. Die Windkraftanlagen (WKA) sind in unterschiedlichen Abständen gebaut worden, so dass sie je nach Bauart unterschiedliche Geräusche von sich geben. So hat man je nach Windrichtung mehrere Geräusche gleichzeitig, die einen belästigen."

Infraschall Hirngespinst?

Dipl.-Ing. Bernd Töpperwien aus Neu-Anspach hat in einem Beitrag für den „Gesundheitskompass" im Januar 2016 darauf hingewiesen, dass Infraschall bedeutet, dass dies sehr tiefe Töne, also Schallwellen, sind, die viele Menschen nicht mehr als Geräusch, sondern nur als Vibration oder Pulsation wahrnehmen können. Infraschall reiche mit seinen großen Wellenlängen von bis zu 3400 Meter sehr weit und sei durch normale Dämmmaßnahmen nicht zu vermindern. Es sei, so Töpperwien, wissenschaftlich bewiesen, dass die Infraschallintensität eines heutigen Windparks mit Anlagen von bis zu 200 Meter Höhe und Leistungen bis 7600 kW in über fünf Kilometer Entfernung noch oberhalb der Reaktionsschwelle der Haarzellen im menschlichen Ohr liegt. Diese Haarzellen wandeln jeden Infraschallpuls, der bei jedem Vorbeistreichen eines Rotorblattes am Turm entsteht, in ein elektrisches Signal an das Gehirn um. Das Gehirn kommuniziert intern im tieffrequenten und Infraschallbereich.

Doch nicht nur Infraschall, sondern auch tieffrequenter, hörbarer Schall sei ein Problem für die Gesundheit, denn dieser Schallanteil wirke von außen auf Hauswände ein und könne diese zu Schwingungen anregen. Die Wand des Hauses wirke dann wie eine Lautsprechermembrane und erzeuge im Inneren des Hauses Schallwellen, die wesentlich lauter sein könnten als der Schall im Außenbereich. Starke Vibrationen und Brummgeräusche könnten die Folge sein. Je nach Entfernung der WKA und der Schallabstrahlungen sei es physikalisch möglich, dass in einer Straße in einem oder mehreren Häusern derartige Probleme auftreten, in anderen Häusern aber nicht. Bei veränderter Witterung oder geänderter Anzahl drehender Windkraftanlagen könne sich das Problem jedoch in der Straße verschieben.

Aufgestellt von der Bürgerinitiative „Windwahn - Oberlahn"

Veraltete Messverfahren

Wenn heute Berechnungen über mögliche Infraschallbelastungen vorgelegt werden, so Töpperwien, seien diese Prognose- und Messverfahren nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Sie stammten in der Regel aus den 90er Jahren und seien für technische Anlagen konzipiert worden, die mit heutigen Windkraftanlagen nichts mehr gemein hätten. Als Beispiel führte Töpperwien die Prognosenorm DIN 9613-2 an, die den Planern der Genehmigungsbehörden dazu diene, die zulässige Schallbelastung für Anwohner rechnerisch zu bewerten. Diese Norm wurde für technische Anlagen bis 30 Meter Höhe, in der Ebene stehend gemacht. Heute habe man häufig Windkraftanlagen, die die Wohnbebauung um 300 bis 500 Meter oder mehr überragen, so dass diese Annahme schon nicht stimme. Darüber hinaus setze diese Norm eine Punktschallquelle und kugelförmige Schallausbreitung voraus. Sie kenne weder tieffrequenten noch Infraschall. Eine kugelförmige Schallausbreitung komme zum Beispiel bei einer Explosion vor, nicht jedoch bei einer WKA, denn, wie jeder selbst ausprobieren könne, trage der Wind den Schall in die Windrichtung. Da die Spitzen der Rotorblätter mit Geschwindigkeiten bis zu 350 Kilometer sich bewegen würden, entstehe dort der meiste Schall, so dass die reale Schallbelastung heute gegenüber den Prognosen in der Regel sehr viel höher sei als in den Gutachten berechnet.

Ärzteforum warnt

Dr. Eckhard Kuck schrieb für das Ärzteforum Emissionsschutz einen Aufsatz über die Wirkung des Infraschalls von Windrädern. Er berichtete von Schlafstörungen, Herz- und Kreislaufproblemen, Herzrasen, Bluthochdruck, Kopfschmerzen, Unruhe, Nervosität, Reizbarkeit, Konzentrationsschwierigkeit, Ermüdung, Depressionen und Angstzuständen. Das alles muss nicht auf jeden zutreffen. Aber für Menschen, auf die es zutrifft, ist das ein riesengroßes Problem. Und es kann jeden treffen.

Politik muss umdenken

Der Wetzlar-Kurier hatte vor ca. eineinhalb Jahren über einen Vorfall in Dänemark berichtet. Dort wurde 2014 ein Windpark in der Nähe einer Nerzfarm eröffnet. Schon beim Probebetrieb bissen sich die Nerze gegenseitig tot. Die Zahl der Fehlgeburten stieg, und die Nerzfarm musste wieder schließen. Die Ursache wird in Schall- oder Druckwellen vermutet. Daher hat die dänische Regierung ein unabhängiges Institut mit der Erforschung der Ursachen beauftragt. Der Ausbau der Windenergie ist in Dänemark in wohnortnahen Lagen praktisch zum Erliegen gekommen, und man darf gespannt sein, welche Ergebnisse aus der Studie herauskommen, die in diesem Jahr vorgelegt werden soll.

Unabhängig davon, so die Zusage des CDU-Landtagsabgeordneten, werde er eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung stellen, um in Erfahrung zu bringen, welche Prognose- und Berechnungsverfahren von wann angewandt werden und welche wissenschaftlichen Erkenntnisse der Landesregierung bezüglich des Infraschalls vorliegen.

Die Gesundheit der Bürger, so Irmer im Gespräch, habe absolute Priorität vor allem anderen. Es sei für ihn ohnehin unverständlich, dass man bei Genehmigungen den Roten Milan, die Fledermaus und andere Tiere in ihrer Bedeutung für Bau oder Nichtbau einer WKA höher bewerte als die aus seiner Sicht mindestens genauso zu bewertenden Folgen für den Menschen.

In Schallmessung als Gesundheitsvorsorge investieren:

BI fordert Kostenübernahme durch die Stadt Aßlar zum Wohle ihrer Bürger

Wie bereits berichtet wurde, bleibt die Bürgerinitiative „Gegenwind Adlerhorst" auch nach Genehmigung des Aßlarer Windindustrieparks aktiv und wird die momentane Bauphase der sechs Windenergieanlagen (WEA) der Firma Bögl Reitz GmbH kritisch begleiten.

Bei der Veranstaltung des Kultur- und Naturvereins Oberes Lemptal e.V. in Bechlingen Ende November, bei der auch mehrere BI-Mitglieder referierten, wurden einige wesentliche Aspekte der Gesundheitsgefahren durch WEA angesprochen, aber aus Zeitgründen an diesem Abend nicht ausreichend vertiefend behandelt. Daher erwägt der Verein, die in Bechlingen begonnene Auftaktveranstaltung mit weiteren Schwerpunkten zum Artenschutz (Monitoringauflagen im Genehmigungsbescheid) aber insbesondere zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung (Trinkwasserschutz und Schallimmission) fortzusetzen.

Während das RP Gießen mit Ausnahmeregelung im Wasserschutzgebiet der Adlerhorstregion für die Trinkwassergewinnung von bis zu fünf umliegenden Ortschaften die Genehmigung für die WEA erteilte, wurde ein Windpark im Taunus unter vergleichbaren Voraussetzungen vom RP Darmstadt abgelehnt. Hier fanden die Bedenken bezüglich der Trinkwasserversorgung gebührende Beachtung.

Neben diesem Gesundheitsrisiko machte die BI auf o.g. Veranstaltung auch auf den Komplex „Schall und Gesundheit" aufmerksam. Hier wurde die Problematik der TA Lärm angesprochen, die aufgrund veralteter Normen und Messmethoden nur einen Teilbereich der Schallemissionen berücksichtigt und Grundlage für die Behörden in Genehmigungsverfahren für WEA bildet. Der Investor des Aßlarer Windparks hat mit seinen Schallprognosen im Bereich des akustischen Schalls (ab ca. 18Hz) gerade noch die zulässigen Höchstwerte errechnet, geht dabei auch von erheblichen Dämpfungswirkungen der Flora zwischen direkten Anwohnern und WEA aus, die nach Meinung der BI jedoch in der Realität keinen Bestand haben werden. Schon deshalb ist eine Schallmessung nach Inbetriebnahme (Auflage des Genehmigungsbescheides - Bestellung des Gutachters durch Anlagenbetreiber) allerdings durch einen unabhängigen Sachverständigen notwendig. Der Investor könnte aber die Vorbelastung des Gebietes (Mülldeponie Bechlingen, Windpark Hohenahr usw.) in Anrechnung stellen, damit die Schallemissionen der Aßlarer WEA nicht als alleinige Verursacher der evtl. zu hohen Lärmwerte benannt werden. Aus diesem Grund ist es erforderlich, bei einer Vormessung die bereits bestehende Schallbelastung festzustellen und mit den vorliegenden Gutachten des Betreibers zu vergleichen.

Als besondere Gesundheitsgefahr der Schallimmissionen hat sich aber neben denen des akustischen Schalls auch die des besonders langwelligen Infraschalls (unter 18Hz) herausgestellt, die aber noch nicht von der TA Lärm berücksichtigt werden. Hier steht der Gesetzgeber für eine Änderung der Richtlinien in der Pflicht, die bereits durch eine anhängige Verfassungsklage von Umweltverbänden gefordert wird. Gehört Deutschland doch unter den am dichtest besiedelten Industrieländern mit inzwischen über 26.000 WEA zu den Schlusslichtern in der Erforschung der gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Infraschalls. Viele ausländische Studien belegen die Betroffenheit windkraftsensibler Personen (Kinder, Senioren, Schwangere, chronisch Kranke), die je nach Entfernung zu WEA 20 – 40 Prozent der Bevölkerung der Region ausmachen können.

Infos zum Thema Infraschall

Über diese Studien zu Auswirkungen des Infraschalls kann man sich im Internet z.B. unter dem Stichwort **AEFIS** (Ärzte für Immissionsschutz) informieren. Als kompetente Zusammenfassung ist der YouTube-Mitschnitt von **Dr. med. Johannes Mayer** empfehlenswert:

*https://www.**youtube**.com/watch?v=V5ZkfXbXmzo*

Daher hält die BI eine Messung auch des Infra- und Körperschalls der entstehenden Aßlarer WEA für unbedingt erforderlich als Gesundheitsvorsorge für die Anwohner der besonders betroffenen Ortschaften. Da die Untersuchungen nur von wenigen Spezialfirmen durchgeführt werden können, entstehen für diese umfassenden Messungen Kosten in Höhe von einigen Tausend Euro für die Vormessung sowie noch einmal in gleicher Höhe für die Messungen nach Inbetriebnahme der WEA. Diese Kosten bewegen sich aber noch im unteren Rahmen der Jahrespacht für nur ein Windrad der Stadt. Deshalb ist es keine unangemessene Ausgabe für den städtischen Haushalt, wenn die Stadt der unabhängige Auftraggeber dieser Messungen wäre und gut investiertes Geld in die Gesundheitsvorsorge zum Wohle der Bevölkerung allemal.

Für diese Empfehlung möchte daher die BI die Ortsbeiräte der Ortsteile Bechlingen, Oberlemp und Bermoll sowie alle Fraktionen des Stadtparlaments als Antragsteller für die gebotenen Messungen gewinnen und zu den Gesundheitsgefahren (Schallimmission, Trinkwasser) bei einem Treffen informieren. Einladungen ergehen wegen der Dringlichkeit zeitnah an die entsprechenden Gremien.

Redaktionsteam der BI „Gegenwind Adlerhorst"

Spendenaufruf

Spenden für die weitere Arbeit der BI „Gegenwind Adlerhorst" für gutachterliche Stellungnahmen, anwaltliche Betreuung und Unterstützung von privaten Klägern werden nach wie vor dringend benötigt und können unter: DE75 5155 0035 0002 0921 38 auf das Konto überwiesen werden.

Fliesen-Scharf GbR
seit über 50 Jahren · Inhaber: J.A.u.W. Scharf
Fachgerechte Verlegung & Lieferung
Wand- und Bodenplatten
Treppenstufen
Mosaik- & Marmorarbeiten
Balkonisolierung
Hauptstraße 37
35614 Aßlar
Tel (0 64 41) 8 15 22
Fax (0 64 41) 8 90 69
Priv (0 64 41) 8 81 96

STEAKHAUS Bolero
Öffnungszeiten:
Mo – Do von 12:00 – 14:30 Uhr und 17:00 – 23:30 Uhr
Fr – So von 12:00 – 23:30 Uhr ▪ Warme Küche bis 22:30 Uhr
35578 Wetzlar ▪ Kornmarkt 7 ▪ Tel.: 0 64 41 - 200 66 99
www.steakhaus-bolero.de info@steakhaus-bolero.de

TIEF- UND STRASSENBAU
MANFRED KÜSTER
GMBH
35614 ASSLAR-WERDORF
Telefon: 06443/3335
Fax: 06443/2492
Wasser-, Kanal- und Straßenbau - Erd- und Abbrucharbeiten
Baugrubenaushub - Sportstättenbau - Hofbefestigungen,
Herstellung von Aussenanlagen

Ministerpräsident Bouffier würdigt die Lebensrechtler von Kaleb

(B.L.) Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat die Arbeit der Lebensrechtsbewegung Kaleb Lahn-Dill (Kooperative, Arbeit, Leben, Ehrfürchtig, Bewahren) gewürdigt. Die Wetzlarer Organisation unterstützt Schwangere in finanzieller Notlage mit kostenloser Baby-Ausstattung und Umstandsmoden sowie mit Beratung.

Sie soll dazu ermutigen, ein Kind auszutragen.

„Ihr Engagement, mit dem Sie in Not geratenen Frauen und Familien helfen, beeindruckt mich sehr", schrieb Bouffier an den Vorsitzenden der Wetzlarer Beratungsstelle, Bernhard Limberg. Kaleb Lahn-Dill ist die einzige Filiale der deutschlandweit tätigen Organisation in Hessen. Sie wurde 1990 in Leipzig gegründet. Verbunden mit der Würdigung war eine Spende in Höhe von 500 Euro aus den Sondermitteln Bouffiers für die Arbeit. Bereits im Mai 2015 hatte das Land Hessen die Arbeit von Kaleb Lahn-Dill als „Initiative des Monats" gewürdigt.

Weitere Infos unter:
www.kaleb-lahn-dill.de.
Die Beratungsstelle befindet sich in der **Silhöfertorstraße 8 in 35578 Wetzlar.**

Junge Union Solms-Braunfels-Leun wählt Vorstand neu

Benedikt Karl neuer Vorsitzender

(B.K.) Die jungen Christdemokraten des Flächenverbandes kamen in Solms zu einer außerplanmäßigen Jahreshauptversammlung zusammen, um einen neuen Vorstand zu bestimmen. Aus den Wahlen ging der 17-jährige Benedikt Karl aus Leun, bislang stellvertretender Vorsitzender, als neuer Verbandschef hervor. Als Stellvertreter fungieren künftig Simon Kranz und Julia Becker. Celina Nagel wird als Schatzmeisterin, Leon Schönherr als Schriftführer eine neue Funktion bekleiden. Komplettiert wird der Vorstand durch Annabell Weiß, Micha Herbert, Claudia Trapp, Sarah Wolf, Leonie Sandner sowie Maximilian Wolf als Beisitzer.

In seiner Rede bedankte sich Karl für die Unterstützung, die er von verschiedensten Seiten über die Jahre habe erfahren dürfen und auf die er sich stets verlassen könne. Besonders erfreut zeigte er sich, dass unter anderem mit Heike Ahrens-Dietz und Björn Hartmann auch CDU-Vertreter aus den zugehörigen Stadtteilen erschienen waren, um - ebenso wie der CDU-Kreisvorsitzende Hans-Jürgen Irmer - dem neuen Vorstand ihre Glückwünsche zu übermitteln.

Als Grundlage der Vorstandsarbeit rief Karl Geschlossenheit als Markenkern der Union aus. Nur so sei man für die bevorstehenden Herausforderungen gewappnet. Nicht nur die Präsenz vor Ort solle durch Veranstaltungen und Aktionen ausgebaut werden, in besonderer Weise wolle man sich auch im Herbst dem Bundestagswahlkampf widmen und den CDU-Direktkandidaten Irmer unterstützen.

Dieser verlieh in seinem Grußwort der Hoffnung auf eine vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit Ausdruck, zeigte sich zugleich jedoch zuversichtlich, dass dies mit dem neuen Vorstand gelingen werde. Auch bot er seine Unterstützung in jeglicher Hinsicht an und dankte den jungen Christdemokraten für ihr Engagement.

Am Ende zog der frisch gewählte Vorsitzende Karl mit Verweis auf seine eigene Historie im Verband ein optimistisches Resümee: „In und mit diesem Verband ist so vieles möglich. Wir haben einen jungen und vor allen Dingen motivierten Vorstand, der seine eigenen Akzente setzen und sich auf vielfältige Weise vor Ort politisch einbringen wird."

Bürgerinitiative „Pro Wald Schöffengrund" kritisiert:

Naturnahe Waldbewirtschaftung sieht anders aus

(red). Auf deutliche Kritik bei der Bürgerinitiative „Pro Wald Schöffengrund" ist die Art und Weise gestoßen, wie Hessen Forst Holzarbeiten im Flurstück 619 zwischen Oberwetz und Oberkleen durchführt. Nach Aussagen der BI wird hier das sogenannte Ausleseverfahren angewandt. Das heißt, es werden solange Bäume aussortiert und gefällt, bis nach 120 bis 160 Jahren nur noch die besten übrigbleiben.

Dies bedeutet wiederum, dass alle drei bis sieben Jahre, je nach Baumart und -Alter, der Wald wieder durchforstet werden muss. Um dieses Pensum zu bewältigen, werden Harvester- und Rückemaschinen eingesetzt, so dass im Abstand von 20 Metern Rückegassen angelegt werden, die das Waldgebiet wie ein Gitter durchziehen.

Eine Breite von 5 Metern für die Rückegassen ist notwendig, so dass dann Vollernter mit einem Gewicht von etwa 40 Tonnen zum Einsatz kommen. Das Ergebnis darüber hinaus ist, dass es teilweise Grundbruch gibt. Dort wird kaum jemals wieder ein Baum wachsen. Hinzu kommen Beschädigungen von Wurzeln, Bäumen, Abschälen der Rinde, so dass Fäulnis- und Pilzbefall die Konsequenzen sind.

Die BI schlägt daher die Umstellung auf Plenterwald vor. Ein Wald, der zwar bewirtschaftet, aber nicht mehr ständig gepflegt werde, so dass ein Wald vorzufinden sei, in dem starke Bäume und Jungwuchs nebeneinander wachsen, wesentlich ökologischer, möglicherweise auch preisgünstiger.

Die Vertreter der BI zeigten sich zufrieden darüber, dass der heimische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer aufgrund ihres Besuches in seiner Bürgersprechstunde die hessische Umweltministerin Priska Hinz angeschrieben und um Aufklärung gebeten habe.

Die abgedruckten Bilder dokumentieren das berechtigte Interesse der BI, die inhaltlich von der Schöffengrunder CDU, aber auch der FWG unterstützt wird.

Ihr zuverlässiger Partner
für Werkzeuge - Maschinen - Beschläge

Qualität
Zuverlässigkeit
Service & Beratung
Fachpersonal
Maschinenmietpark
Ware ab Lager
Große Auswahl
Fritz WEG GmbH & Co. KG
Ahornweg 41 ▪ 35713 Eschenburg-Wissenbach
Tel. 02774 701-0 ▪ Fax -39 ▪ info@FritzWeg.de ▪ www.FritzWeg.de
Geschäftszeiten: Mo-Fr 7:00-17:45 Uhr, Sa 7:30-12:00 Uhr

WIR SETZEN IHRE WERBEBOTSCHAFT PERFEKT IN SZENE.
NUTZEN SIE UNSERE DIGITALEN KOMMUNIKATIONS-KANÄLE FÜR IHREN ERFOLG!
Ihre Vorteile
• Signifikante Erhöhung der Reichweite Ihrer Werbebotschaft durch crossmediale Angebote (print und digital)
• Generierung zusätzlicher Kundenkontakte und Ansprache weiterer Zielgruppen
• Full-Service – alles aus einer Hand, wir sind die Experten für Ihre Werbebotschaft
Und was können wir sonst noch für Sie tun?
• Professionelle Image-/Produktvideos, Homepage-Erstellung u.v.m.
[m]ittelhessen.de
Kontaktieren Sie uns.
Ansprechpartner:
Elisa Badouin, Telefon 06441-959 507
e.badouin@mittelhessen.de
ZEITUNGSGRUPPE lahndill

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Es gibt keine *No-Go-Areas* in Deutschland?
Lesen Sie dieses Buch!

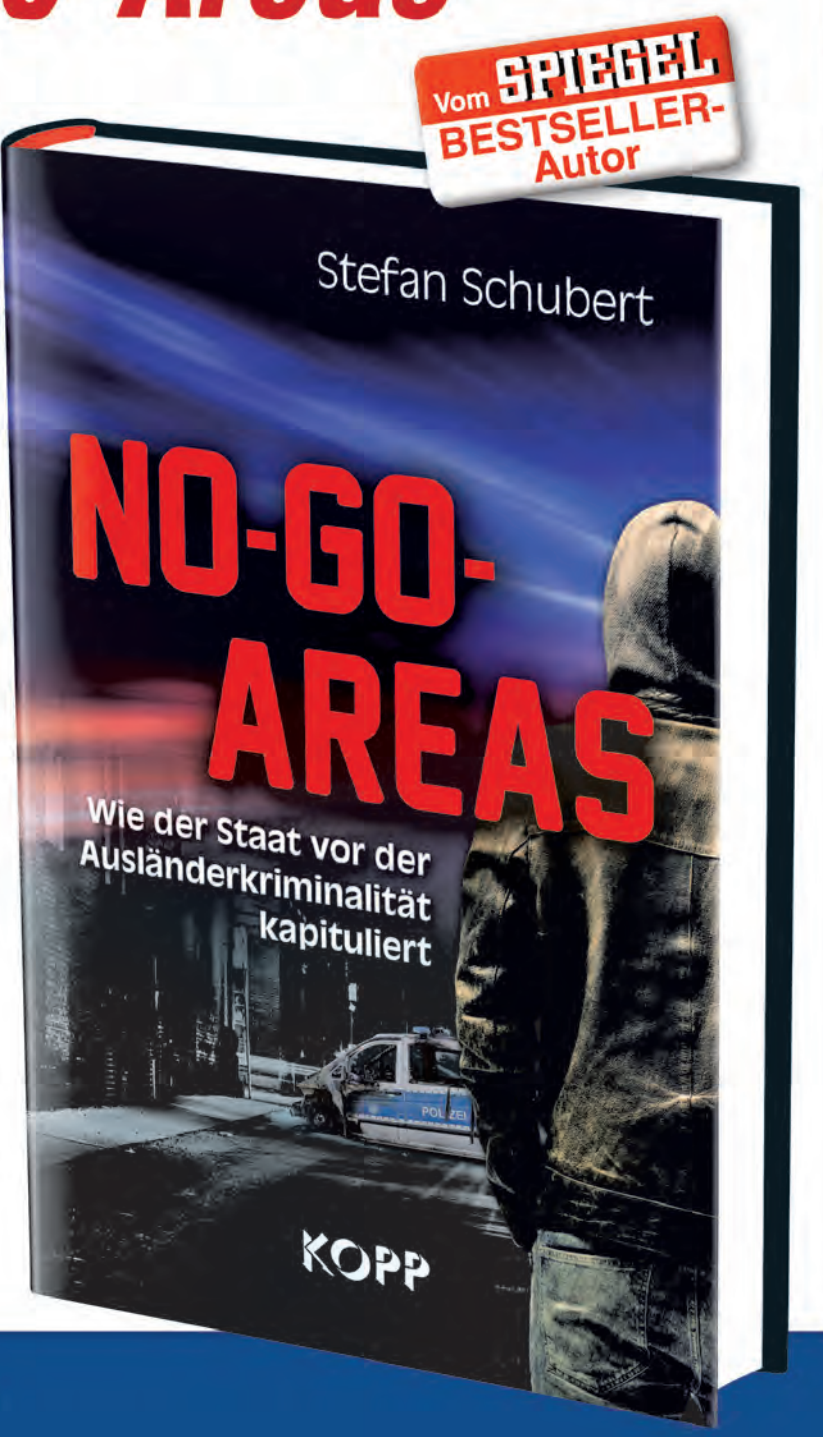
Vom SPIEGEL BESTSELLER-Autor

■ Einbrüche, Schlägereien, Sexattacken, Messerangriffe, Morde – viele Städte in Deutschland erleben ein nie da gewesenes Maß der Gewalt. Ganze Stadtteile sind zu unkontrollierbaren Zonen verkommen. Hauptverantwortlich für diese Zustände sind Männer aus arabischen Familienclans. Doch Politik und Medien verweigern politisch korrekt den Blick auf die Realität.

Das Staatsversagen wird mit Fakten belegt!
Der ehemalige Polizist und Bestsellerautor Stefan Schubert ist ein bundesweit anerkannter Experte für Innere Sicherheit. Durch seine hervorragenden Verbindungen zu den Sicherheitsbehörden war es ihm möglich, Geheimpapiere einzusehen und mit Insidern zu sprechen. Seine Rechercheergebnisse sind wahrlich alarmierend:

• No-Go-Areas. Wie alles begann: vom Einwanderer zum Berufskriminellen • »El Presidente« Mahmoud Al-Zein: der Unterweltkönig von Berlin • Araber-Clans beherrschen die Unterwelt und verwandeln ganze Stadtteile in No-Go-Areas • Deutsche Politiker schützen die Millionengewinne der Clans • Mit der Flüchtlingskrise explodiert die Kriminalität • Kriminelle Familienclans als Profiteure der Flüchtlingskrise • Politisch korrekt – bis in den Tod • BKA 2016: Ausländer dominieren weiterhin die Organisierte Kriminalität • Kriminologe entlarvt massive Fälschungen der Kriminalitätsstatistiken • Staatsversagen und Kontrollverlust: Wenn der Staat vorsätzlich kein Recht durchsetzt • Die Polizei vor der Kapitulation: Wenn Polizisten Klartext sprechen • Ausländische Gangs sind völlig außer Kontrolle: Türkischer Rockerclub erklärt Deutschland den Krieg • Bürgerkriegsszenarien: Ausländische Gangs verbreiten Angst und Schrecken • Fruststau! Droht ein Aufstand innerhalb der Polizei?

Anstatt gegen diese Entwicklungen entschieden vorzugehen, verhängt die Politik Maulkörbe gegen Polizisten und versucht mit Beschwichtigungen und dem Manipulieren von Kriminalitätsstatistiken ihr Versagen zu verschleiern. Die Verantwortlichen dieser Zustände lassen nicht nur die Bürger im Stich, sondern auch die eingesetzten Polizeibeamten. Umso wichtiger wird dadurch dieses Buch, denn es durchbricht die Mauer des Schweigens.



Stefan Schubert: No-Go-Areas • gebunden • 266 Seiten • Best.-Nr. 955 900 • 19.95 €

KOPP VERLAG Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

Bauunternehmen Lothar FISCHER

Sonnenstr. 4, 35753 Greifenstein, Tel.: 06449/1080, FAX 6741
http://www.fischer-greifenstein.de

Unsere Leistungen:
- Hochbau - Tiefbau
- Schlüsselfertiger Wohnhausbau
- Rohbau oder Teilausbau
- Sanierungsarbeiten
- Natursteinmauerwerk
- Bauplanung, Bauleitung, Statik

Containerdienst FISCHER

Container von 3,0 – 10 m³ - Vermietung von Bauschuttrutschen

Entsorgung von:
- Bauschutt
- Hausmüll
- Gartenabfälle
- Erdaushub
- Gewerbeabfälle
- Entrümpelungen

Dekorieren durch Eloxieren

Dekorative Oberflächen von Aluminiumwerkstoffen – auch in verschiedenen Farben – gewinnen in unterschiedlichen Branchen immer mehr an Bedeutung. Durch adsorptive Färbeverfahren können die Schichten gleichmäßig eingefärbt werden. Matte dekorative Oberflächen erzielen wir in einem Sandstrahlverfahren. Gerne beraten wir Sie und fertigen Muster für Sie an.

Hernee-Straße 1
D-35753 Greifenstein-Beilstein
Tel.: +49 (0) 27 79 - 71 07-0
Fax: +49 (0) 27 79 - 71 07-29
info@hartanodic.de
www.hartanodic.de

HERNEE HARTANODIC® GmbH
Gesellschaft für Oberflächentechnik

www.gerr-viz.com

Fahrschule BECKER GmbH
- Führerscheinausbildung aller Klassen
- Ferienfahrschule
- BKF Weiterbildung
- Behindertenschulung

Wir sind zertifiziert ... Anerkannter Träger der Arbeitsförderung nach §177 SGB III (AZAV) TQ CERT

Tel.: 06441 – 2093914
E-Mail: kontakt@fahrschulebecker.de
Homepage: www.fahrschulebecker.de

Sie finden uns in: Wetzlar, Aßlar, Leun-Biskirchen und Greifenstein-Allendorf

Wir lösen auch Ihren Bildungsgutschein der Arbeitsagentur ein.

Neujahrsempfang von Pro Polizei Wetzlar

„Das Leben ist digital geworden - die Kriminalität auch“

(wf). Kriminaloberrat Marcus Brambach, Hauptsachgebietsleiter „Cybercrime“ beim Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden, gewährte beim Jahresempfang 2017 der Bürgerinitiative Pro Polizei Wetzlar in der „Blattform“ den 200 Gästen aus heimischer Kommunalpolitik, Hilfsorganisationen und Verbänden, der Polizei und natürlich Pro-Polizei-Mitgliedern Einblick in Risiken und Gefahren, die von der Cyber-Kriminalität ausgehen.

Mehr Polizisten - bessere Ausrüstung

Zuvor hatte Hans-Jürgen Irmer, Vorsitzender von Pro Polizei Wetzlar, auf eine aktuelle Umfrage der Zeitung „Die Welt“ hingewiesen, der zufolge 88 Prozent der Deutschen großes oder gar sehr großes Vertrauen in die Polizei hierzulande haben. Und das angesichts von sechs Millionen in Deutschland verübter Straftaten, wovon rund 400.000 auf Hessen entfallen. Nicht nur, aber auch begründet mit der Entwicklung der letzten Monate und Jahre in Deutschland, erneuerte der CDU-Landtagsabgeordnete Irmer seine Forderungen nach mehr Polizisten in Deutschland, einer besseren Bezahlung der Ordnungskräfte, einer optimale Ausrüstung - nicht zuletzt jene zum Eigenschutz - der Beamten, endlich eine stärkere Unterstützung der Polizei durch die Politik, was für Irmer ein klares Bekenntnis zur Vorratsspeicherung und eine verstärkte Videoüberwachung beinhaltet, einen funktionierenden Datenaustausch und somit ein Ende des „Datenschutzes, der zum Täterschutz wird“ und einen „Schutzparagrafen für unsere Polizisten im Strafgesetzbuch“.

Führende heimische Polizeibeamte als Gäste des Jahresempfangs 2017 der BI Pro Polizei Wetzlar, von links Kriminaloberrat Marcus Brambach vom Hessischen Landeskriminalamt, BI-Vorsitzender Hans-Jürgen Irmer, Polizeipräsident Bernd Paul vom Polizeipräsidium Mittelhessen, Polizeirat Peter Klingelhöfer, Leiter der Polizeistation Wetzlar, Rolf Krämer, Leiter der Polizeidirektion Lahn-Dill, und Kriminaloberrat Joachim Bernard, Leiter der regionalen Kriminalinspektion.

Bürgernahe Polizei - polizeinahe Bürger

Es könne nicht sein, dass Polizistinnen und Polizisten in Ausübung ihres Dienstes in erschreckend zunehmendem Maße beschimpft, beleidigt, bespuckt und angegriffen werden. „Die Polizei hält den Kopf für die Bürger hin - und hat folglich das Recht auf den Schutz der einer besonderen Person.“ Die Bürgerinitiative Pro Polizei Wetzlar, die mittlerweile auf die Zahl von 800 Mitgliedern zugeht, lebt und verkörpert laut Irmer die Unterstützung der Polizei durch die Bürger. „Wir haben eine bürgernahe Polizei - und brauchen deshalb auch eine polizeinahe Bürgerschaft“, so Irmer, der für diese Philosophie ausdrücklich die Unterstützung des Referenten des Jahresempfangs, Marcus Brambach, und auch des neuen mittelhessischen Polizeipräsidenten Bernd Paul quittieren dürfte.

Paul nannte es zudem in seinem Grußwort „empörend“, wie anlässlich der Einsätze in der Silvesternacht mit der Polizei, „die nur getan hat, was sie tun musste“, umgegangen werde. Er sprach von „teils deformierten Weltbildern“ der Kritiker als einem „Ärgernis, das ausgesprochen werden muss“. Die zunehmende Respektlosigkeit und Gewalt gegen die Polizei sei nicht hinnehmbar. „Die Polizei braucht die Unterstützung durch die Bürger“, so Paul, der der BI Pro Polizei Wetzlar - und mittlerweile auch anderenorts - Dank für ihre ideelle und materielle Hilfe aussprach.

Willkommen im Chaos

„Das Leben ist digital geworden - die Kriminalität auch“ begann Kriminaloberrat Brambach seinen „Einblick“ in die Welt der Cyber-Kriminalität, die im Jahr 2013 weltweit einen Schaden von 445 Milliarden Dollar verursacht habe. Und sich „wachsender Beliebtheit erfreut“, da im Netz weitgehend ein unerkanntes Agieren möglich sei. In den gut zwei Jahrzehnten bis 2003 wurde laut Brambach eine Datenmenge von fünf Milliarden Gigabyte (= fünf Millionen Terrabyte) rund um den Erdball geschickt - in der Summe von mehr als 20 Jahren. Alleine in 2011 waren für die gleiche Menge noch 48 Stunden notwendig und 2013 nur noch zehn Minuten. 2016 lag die weltweite Datenmenge bei etwa 1,3 Zettabyte, einer Zahl mit 20 Nullen hinter der 1,3, was wiederum 1,3 Milliarden Terrabyte (oder dem Volumen von 328 Milliarden DVDs) entspricht.

Dieses „Chaos“ verglich Brambach mit dem heutigen Straßenverkehr, wenn in diesem „Fahrer ohne Führerschein mit teilweise unsichtbaren Fahrzeugen ohne Kennzeichen“ machen könnten, was sie wollen. „Das wäre wahrlich ein schönes Chaos - oder: Willkommen im Internet.“ Hier herrsche nämlich genau dieses Chaos. Der Experte vom Landeskriminalamt schilderte an Beispielen die breite Palette von Straftaten und Betrugsmaschen im Netz, bei denen die Täter/Hacker immer raffinierter, perfider und frecher zu Werke gingen. Und Deutschland als Hightech-Zentrum in Europa sei Hauptangriffsziel der Hacker. Mit einem Schaden (in 2013) von 44 Milliarden Euro, was 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspreche.

Erst denken - dann klicken

Unter dem Motto „Vorsicht ist der beste Schutz - Aufpassen! Erst denken und schauen, dann klicken!“ gab Brambach Tipps zum Schutz vor Trojanern und anderen kriminellen Machenschaften im Internet: Immer aktuelle Antivirus-Software auf dem Computer verwenden. Keine Software unbekannter Herkunft installieren. Den PC niemals ohne Firewall mit dem Internet verbinden. „Stärkere“ Passwörter mit mindestens acht Zeichen und Sonderzeichen verwenden. Regelmäßige Sicherungen (durch Spiegeln auf externer Festplatte) erstellen. Passwörter ändern, aber nicht speichern oder weitergeben. Abschließend ließ der Kriminaloberrat wissen, dass sich Hessen in der Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, so schwierig dies auch sei, „gut aufgestellt“ sehe. 150 Spezialisten beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit der Problematik Netz-Kriminalität, in der jedermann Opfer werden könne.

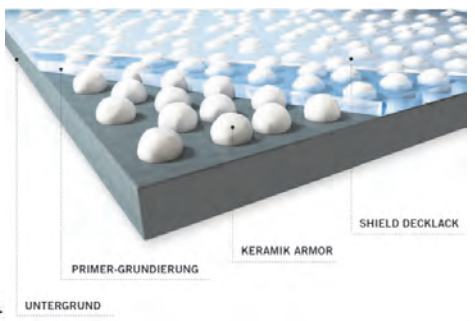
Der volle Veranstaltungsraum in der „Blattform“.

WEARMAX

die erste Hightech-Bodenversiegelung mit Keramik-Bestandteilen

für eine längere Lebensdauer und nachhaltig hochwertige Optik Ihrer Fußböden

Neu in Deutschland bei BACKES Raumausstattung - Wearmax, die einzigartige Hightech-Bodenversiegelung mit über 120 Millionen Keramikpartikeln pro Quadratmeter, steht für Qualität und innovative Technik auf höchstem Niveau und setzt neue Standards!



Ursprünglich entwickelt zur Erhaltung und Aufbesserung von Echtholz-Böden eignet sich Wearmax optimal als Langzeitschutz für Parkettböden, Echtholz-Treppensanierung sowie auch alle Arten von Hart-Bodenbelägen. Aufgrund der Widerstandsfähigkeit und der Pflegeleichtigkeit eignet sich diese Permanentversiegelung nicht nur für den Privatbereich sondern auch hervorragend für stark frequentierte Bereiche in medizinischen Einrichtungen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen, Büros, Kindergärten, Geschäften uvm.

Mit einer Versiegelung von Wearmax entfällt das Entfernen von alten Böden und große Flächen von bis zu 300 m² können **innerhalb von 2-3 Tagen versiegelt werden und sehen aus wie neu**.

Wearmax ist zudem rutschhemmend, trittsicher und weitestgehend beständig gegen Chemikalien, Desinfektionsmittel sowie verdünnte Säuren und Laugen. Zusätzlich kann das System leitfähig und antimikrobiell ausgestattet werden.

Nach der Versiegelung mit **Wearmax** gibt es keine Laufstraßenbildung mehr und die zyklische Ent- bzw. Neubeschichtung entfällt ebenso wie die periodische Grundreinigung.

Überzeugen Sie sich von dem neuen unvergleichlichen Fußbodenschutz in unserem Hause oder auf einer der führenden Messen rund um das Thema Bauen in Hessen:

Wir stellen aus und freuen uns auf Ihren Besuch!

BAU Expo 2017 – Hessens größte Baumesse – 16. – 19. Februar – Gießen · Hessenhallen
Halle 6 - Stand B3

Planen - Bauen - Wohnen - Handwerk – MEMO - Fachausstellung BAUEN – MARBURG - Messeplatz Affföller – 02. bis 05.02.2017 – täglich 10 - 18 Uhr – www.messe-marburg.de
Halle 1 - Stand 101

BACKES GMBH
Gambacher Weg 5
35415 Pohlheim-Holzheim

Telefon 06004 / 910 20
Fax 06004 / 910 220
info@backes-raumausstattung.de

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
9.30 bis 19.00 Uhr
Jeden Samstag
9.00 bis 16.00 Uhr

BACKES
Raumausstattung • Gartenmöbel
www.backes-raumausstattung.de

Weihnachtsspende des Hessischen Ministerpräsidenten geht an Perlenschatz

(A.B.) Der gemeinnützige Verein Perlenschatz aus Solms hat einen Brief aus der Hessischen Staatskanzlei und eine Spende von 1500 Euro erhalten. Ministerpräsident Volker Bouffier drückt seine Wertschätzung für die Arbeit von Perlenschatz durch seine Weihnachtsspende aus und schreibt: „Über die Arbeit des Vereins Perlenschatz e.V. wurde ich von verschiedenen Seiten informiert. Ihr Engagement, mit dem Sie muslimischen Frauen und deren Kindern, die von Gewalt betroffen sowie von Zwangsheirat oder Ehrenmord bedroht sind, helfen, beeindruckt mich sehr. Insbesondere mit der traumatherapeutischen und seelsorgerischen Begleitung liefern Sie einen wichtigen Beitrag, um den betroffenen Frauen wieder neuen Mut zu geben …“

Perlenschatz baut Zufluchtsstätten auf für Frauen, die von Gewalt betroffen und von Zwangsheirat oder „Ehrenmord“ bedroht sind. Seinen Auftrag sieht der gemeinnützige Verein in erster Linie, aber nicht ausschließlich, an Frauen aus muslimischen Kulturkreisen. Auch Konvertitinnen und Flüchtlings- oder Migrantenfrauen gehören zur Zielgruppe. Perlenschatz will sie schützen und in die Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen. Um die Frauen und ihre Kinder bei ihrer Kultur abzuholen, werden die Unterkünfte als Wohngemeinschaften geführt und mit Traumatherapie und Patenfamilien intensiv begleitet. In Deutschland gab es schon vor der Flüchtlingsbewegung weit über 3000 Frauen jährlich, die von

Zwangsheirat betroffen sind…

Im Mai hat der Verein seine Arbeit aufgenommen und nimmt seither bundesweit Frauen und ihre Kinder solange in privaten Schutzräumen auf, bis er ein eigenes Haus hat. Weitere Informationen unter **www.perlenschatz.info** oder **Telefon 06442/9543994.**

Vereine laden ein

Gesellschaft für Sicherheitspolitik
Die heimische Sektion der GSP lädt für **Donnerstag, den 2.2. um 19 Uhr** ins Café Waldhof, Magdalenenhäuser Weg 40, zu einem Vortrag zum Thema **„Eritrea – Analysen aus einem Hauptherkunftsland afrikanischer Flüchtlinge"** – ein aktueller persönlicher Reise- und Lagebericht - ein. Referent ist Prof. Dr. Andreas Dittmann, Leiter der Geografie der JLU Gießen. Eintritt frei.

Sängerchor Lahngruß 1908 Wetzlar
Samstag, 4.2., 19 Uhr ordentliche Mitgliederversammlung in den „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128, Wetzlar. Auf der Tagesordnung stehen Berichte, Termine für 2017 und Infos über die 4-Tagesfahrt vom 6.7. bis 9.7.2017.

Wetzlarer Karnevalsgesellschaft
Die WKG lädt zur **Gala-Prunksitzung am Samstag, den 11.2. um 20.11 Uhr** in die Stadthalle Wetzlar in den großen Saal ein. Der Eintritt kostet zwischen 15 und 25 Euro, zzgl. Vorverkaufsgebühr.

Nordmährer
Sonntag, 12.2., 14 Uhr, Monatstreffen der Nordmährer in der Senioren-Residenz Allo-Heim (Parterre) am Steighausplatz in Wetzlar (Nähe Schillerplatz).

Wetzlarer Karnevalsgesellschaft
Die WKG lädt mit der Stadt Wetzlar zur **Seniorensitzung am Sonntag, den 12.2. um 14.11 Uhr** in die Stadthalle, großer Saal, ein. Tickets nur im Seniorenbüro der Stadt Wetzlar.

Wetzlarer Goethe-Gesellschaft
Montag, 13.2., 19.30 Uhr, Phantastische Bibliothek, Turmstraße 20: Vortrag von Dr. Manfred Wenzel (Frankfurt am Main/Gießen), **Post aus Friesland, Pfarrer Toel und Goethe spielen Schicksal.**

Deutsch-Englische Gesellschaft Wetzlar
Dienstag, 14.2., 15.30 Uhr Konversationskreis „Let's practice our English" im Clubraum des Alloheims, Mühlgrabenstraße/Ecke Steighausplatz.

Wetzlarer Karnevalsgesellschaft
Die WKG lädt zum **Kinderfasching am Mittwoch, den 15.2. um 15.11 Uhr** in die Stadthalle Wetzlar, großer Saal, ein. Einlass ist ab 14.11 Uhr. Eintritt 3,50 Euro.

Wetzlarer Geschichtsverein
Donnerstag, 16.2., 19.30 Uhr, Alte Aula, Obertorstraße 20: Vortrag von Detlef E. Peukert M.A. **„Ein Mühlstein erzählt..." Unterwasserarchäologische Forschungsergebnisse aus der Lahn bei Garbenheim.**

Deutsch-Italienische Gesellschaft
Freitag, 17.2., 18 Uhr, Palais Papius, Kornblumengasse 1, Wetzlar, Vortrag: **„Die Medici in Italien und Frankreich – Kunst, Politik, Intrigen und Gewalt"** in Kooperation: Deutsch-Französische Gesellschaft und Städtische Museen Wetzlar.

Wetzlarer Karnevalsgesellschaft
Die WKG lädt zur **Kostümparty unter dem Motto „Over the rainbow" am Samstag, den 18.2. um 20.11 Uhr** in die Stadthalle Wetzlar, großer Saal, ein. Eintritt 10 Euro zzgl. Vorverkaufsgebühr.

Deutsch-Englische Gesellschaft Wetzlar
Sonntag, 19.2., 14 Uhr, Partnerschaftszimmer, Domplatz 8, 1. OG, **Filmnachmittag mit Kaffee und Kuchen.** Gezeigt werden typisch englische Komödien.

Wetzlarer Karnevalsgesellschaft
Am **Freitag, den 24.2., 20.11 Uhr** findet der **Weiberfasching unter dem Motto „Dancing Queen"** in der Stadthalle Wetzlar statt. Die Veranstaltung ist bereits ausverkauft.

CDU-Verbände laden ein

Aßlar
Sonntag, 12.2., 11 Uhr in den Clubräumen der Stadthalle Aßlar: **Jahresempfang** des CDU-Stadtverbandes Aßlar mit einem Vortrag von Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich. Vorsitzender Heiko Budde lädt herzlich dazu ein.

Bischoffen
Samstag, 18.2., 10.30 Uhr, Hotel „Seehof am Aartalsee", Bischoffen-Niederweidbach, **Jahresempfang** mit einem Vortrag des Regierungspräsidenten Dr. Christoph Ullrich zum Thema **„Wie kann man die Attraktivität für junge Familien im ländlichen Raum stärken?"** Vorsitzender Henrik Nickel lädt herzlich dazu ein.

Senioren-Union Lahn-Dill-Süd
Der monatliche **Stammtisch** der Senioren-Union Lahn-Dill-Süd findet am **Montag, den 20.2., Beginn 18 Uhr,** in der Gaststätte „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128, statt. Walter-Hubert Schmidt wird das Thema **„Das Geheimnis der guten Bilder"** beleuchten. Alle Mitglieder, aber auch alle, die sich für das Thema Fotografieren interessieren, sind herzlich eingeladen, so Vorsitzender Wolfgang Janßen.

Senioren-Union Dillenburg
Die Senioren-Union Dillenburg, so Vorsitzender Henning Hofmann, lädt Mitglieder, aber auch Interessierte herzlich ein, am **Mittwoch, den 1.3. um 15 Uhr** das **Hessische Landgestüt** in der Wilhelmstraße in Dillenburg zu besuchen.

Am **Mittwoch, den 5.4. und Mittwoch, den 3.5.** findet jeweils um 15 Uhr im „Hotel Kanzelstein" in Dillenburg-Eibach der **gesellige Nachmittag** statt. Interessierte und Mitglieder sind herzlich willkommen.

JU Lahn-Dill

am Freitag, den **10.2., 18.00 Uhr, Kreisdelegiertenversammlung** der Jungen Union Lahn-Dill, in der Gaststätte **„Seelbacher Hof",** Hohe Str. 88, Herborn-Seelbach.

Spielhalle Braunfelser Straße
Dynamik - Spielspaß - Gewinn
Geöffnet täglich von 10.00-04.00 Uhr früh
Sonn- und Feiertag von 12.00-04.00 Uhr früh
50 Jahre KRAUS Automaten
Bistro Braunfelser Straße
Geöffnet täglich von 06.00-05.00 Uhr früh
30 Parkplätze direkt vor der Tür
Wetzlar, Braunfelser Str. 88
(gegenüber Toom-Markt)

Gärtner
HEIZUNG · SANITÄR
Ihr erster Schritt zu einer sparsameren Zentralheizung: ein Gespräch mit uns!
Waldschmidtstr. 31 · 35576 Wetzlar · Tel. (0 64 41) 40 06-0, Fax 40 06-33

Mittwoch, 5.4.2017

Osterferienfahrt der CDU Lahn-Dill in den Palmengarten und zum Senckenberg-Museum nach Frankfurt am Main

(M.B.) Am Mittwoch, den 5.4. laden wir Sie zur Osterferienfahrt der CDU Lahn-Dill nach Frankfurt ein. Vormittags besuchen Sie den seit 1871 bestehenden Palmengarten, und am Nachmittag steht dann das Senckenberg-Museum auf dem Programm. Fachkundige Führungen werden Ihnen sowohl den Palmengarten als auch das Senckenberg-Museum näherbringen.

Die Abfahrtsorte sind Dillenburg, Herborn und Wetzlar. Der Reisepreis incl. der Führungen im Palmengarten und Senckenberg-Museum beträgt 39 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 30 Personen.

Anmeldung und Information beim Reisebüro Matthias Bender, Marktstraße 6, 35630 Ehringshausen, Telefon 06443/812286, Fax: 06443/812287, mobil: 0171/6542455 oder per E-Mail: Matthias.Bender@Reisebuero-Bender.de

Vorschau
Weiterhin sind in diesem Jahr folgende Tagesfahrten in Planung: 3.8. Saalburg und Hessenpark
20.10. Haus der Geschichte in Bonn und Konrad-Adenauer-Haus Rhöndorf

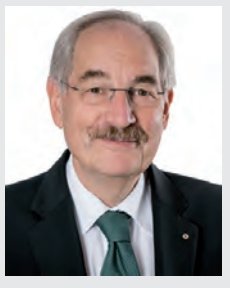
Ost- und Westpreußen präsentieren attraktives Programm 2017

(red). Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hat für das Jahr 2017 ein überaus attraktives und interessantes Programm zusammengestellt, wie Vorsitzender Kuno Kutz mitteilte.
Montag, 13.2. Vortrag von Joachim Albrecht über ostpreußischen Humor.
Montag, 13.3. „Was Essen zum Genuss macht" ist das Vortragsthema von Karla Weyland.
Montag, 10.4. spricht Kuno Kutz über seinen Geburtsort Kruglanken.
Montag, 8.5. referiert Karla Weyland über Friedrich den Großen.
Montag, 12.6. Dia-Vortrag von Roland Virnich zum Thema „Bernstein – Gold des Nordens – und die Bernsteinstraße".
Samstag, 1.7. Grillfest im Schützenhaus in Nauborn.
Montag, 11.9. referiert Roland Virnich über „Die preußische Ostbahn".
Montag, 9.10. Vortrag zum Thema „Manchmal sehe ich im Traum unsern alten Kurschkenbaum".
Montag, 13.11. gibt Peter Wörster einen Überblick über die baltische Geschichte.
Sonntag, 3.12. wird der Reigen der Veranstaltungen mit der Weihnachtsfeier abgeschlossen.
Die Vortragsveranstaltungen finden jeweils in den „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128, Wetzlar, statt und beginnen um 19 Uhr. Wer mag, kann um 18 Uhr bereits zum gemeinsamen Essen dabei sein.

2-Zimmer-Wohnung gesucht

40-jährige, ruhige Nichtraucherin sucht 2 Zimmerwohnung; Umgebung Wetzlar/Solms/Hüttenberg/Gießen oder Stadt Wetzlar. Maximale Miete: warm 400 Euro. Zwergpudel erlaubt.
Angebote bitte unter Telefon 06441/22952.

Bürgersprechstunde mit MdL Hans-Jürgen Irmer


Hans-Jürgen Irmer, MdL

(red). Die monatliche Bürgersprechstunde des heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer findet am **Mittwoch, den 1.3. von 14 bis 16 Uhr** in der Geschäftsstelle des CDU-Kreisverbandes Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Straße 24 in Wetzlar statt.
Jedermann ist herzlich eingeladen. Voranmeldung ist nicht erforderlich

Auf Einladung der CDU Braunfels:

Kaffeenachmittag im Friederike-Fliedner-Haus

(red). Seit Jahrzehnten lädt die Braunfelser CDU zu Beginn des Jahres die Bewohner des Friederike-Fliedner-Hauses zu einem Kaffeenachmittag mit Kaffee und Kuchen und einem kleinen Programm ein. Vorsitzender Gerhard Bender machte zu Beginn deutlich, dass man seinem Team für deren Arbeit, aber auch für die Unterstützung bei der Vorbereitung des Kaffeenachmittages. Er appellierte, bei der Bundestagswahl von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch zu machen, wobei die Wahlbereitschaft bei älteren Menschen statistisch bisher vorzugehen. Die Polizei müsse entsprechend ausgestattet sein, hier lobte er die 1000 zusätzlich geschaffenen Stellen des Landes Hessen, und vor allen Dingen müssten die Sicherheitsbehörden die technischen Möglichkeiten erhalten, die heute denkbar sei-

diese Kaffeenachmittage gerne beibehalten wolle, seien sie doch auch ein kleiner Ausdruck des Dankes der CDU an diejenigen, die diesen Staat aufgebaut hätten, von dem die Jüngeren heute profitierten.

Bender konnte den CDU-Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer, der am 24.9. für den Deutschen Bundestag kandidiert, ebenso begrüßen wie Ulla Landau als Kreisbeigeordnete und Kreisgeschäftsführerin der CDU Lahn-Dill. Irmer dankte in seinem Grußwort Heimleiter Helmut Uerlings und gesehen deutlich größer sei als bei der jüngeren Generation. „Für diese Demokratie muss man arbeiten. Es ist die beste aller Staatsformen, und deshalb darf man nicht tatenlos zusehen, wie sie - wie zu Zeiten der Weimarer Republik - von Rechtsaußen und Linksaußen in die Zange genommen wird", so Irmer.

Deutschland stehe insgesamt gut da. Aber es gebe noch genug zu verbessern, und hier nannte er gerade den Bereich der Inneren Sicherheit. Es gelte, gegen Straftäter, egal welcher Nationalität, konsequenter als en. Überzogener Datenschutz dürfe nicht zum Täterschutz führen.
Auch er dankte den Senioren für deren Lebensleistung, von der seine Generation, aber auch die Generation der Kinder profitiere. Man haben allen Anlass, dankbar dafür zu sein.

Weitere Termine der CDU Braunfels
Dienstag, 14.2., 15 Uhr Kaffeenachmittag im Solmser Heim
Samstag, 4.3., 15 Uhr Kaffeenachmittag im Seniorenzentrum Falkeneck

STIL WAR SCHON IMMER EINE FRAGE DES WEITBLICKS
UNSERE EXKLUSIVE WINTERGARTEN- UND SOMMERGARTEN-EDITION

KLASSISCHES DESIGN FÜR CLEVERE INDIVIDUALISTEN

ZEITLOSE ELEGANZ FÜR FREUNDE KLARER FORMEN

VIKTORIANISCHES AMBIENTE FÜR LIEBHABER PERFEKTER DETAILS

OUTDOOR-FLAIR FÜR GENIESSER LANGER SOMMERTAGE
Einzigartig, hochwertig, anders. Unsere Produkt-Linien bekommen viele Komplimente. Doch das Schönste davon ist Ihr Lächeln, wenn Sie es sich an Ihrem neuen Lieblingsplatz gemütlich machen. Verantwortlich dafür ist unsere Liebe zum Detail: von vielfältigen Farb- und Profilvarianten bis zu raffinierten Kubaturen und tollen Ausstattungsdetails.
Wir beraten Sie gerne: Unsere Ausstellung nahe der A 45 liegt zentral in Deutschland und unser bundesweites Händler- und Partnernetz ist immer in Ihrer Nähe.
EXKLUSIV BEI STEINBACH
Holz-Alu-Wintergärten mit filigranem Tragwerk aus echten Edelhölzern im Innenraum
Wenn Qualität begeistert
Steinbach
WOHNWINTERGÄRTEN | SOMMERGÄRTEN
Lahnstraße 40 · D-35606 Solms (bei Wetzlar)
Fon 06442 922483-0
www.steinbach-wintergarten.de

Impressum
Wetzlar Kurier
Zeitung für Politik,Wirtschaft und Kultur

Herausgeber u. verantwortlich für den Inhalt aller Textbeiträge ohne Kürzel:
Hans-Jürgen Irmer
Anschrift der Redaktion:
Moritz-Hensoldt-Straße 24
35576 Wetzlar
Bürozeiten:
Mo., Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Di. + Do.12.00 - 17.00 Uhr
Telefon: 0 64 41 / 9 71 70
Fax: 0 64 41 / 7 66 12
E-Mail: **info@wetzlar-kurier.de**
Internet: **www.wetzlar-kurier.de**

Erscheinungsweise:
monatlich
Auflage:
113.000 Exemplare
Druck:
WetzlarDruck GmbH
Technik:
Wolfgang Weichel
Anzeigen:
Hans-Jürgen Irmer

Diese Zeitung wird durch Anzeigen finanziert.

HOTEL WETZLARER HOF
www.wetzlarerhof.de
Telefon 06441 / 9080
Küchenöffnungszeiten
Mo – Sa von 17:00 bis 23:00 Uhr

Vom 13. – 25. Februar

Frische Fische
nach köstlichen
Rezepten zubereitet

Wir bitten um Reservierung

Gerne beliefern wir Sie
für Ihre Feier an
Ihrem Veranstaltungsort.
Wir beraten Sie.

Buffet „Lottchen" € 30,00
Hessische Räucherspezialitätenplatte
Graved Lachs mit Dill-Senf-Honig
Gebratene Paprika - Champignons
Auberginen und Zucchini
Griechischer Bauernsalat
Gurkensalat, Tomatensalat
Rauke und Blattsalate mit Walnussdressing
Spanferkelrollbraten mit Dunkelbiersauce
mit Kartoffelgratin
Currygeschnetzeltes von der Pute mit
Früchten, Mandelreis, Marktgemüse
Frischer Apfelstrudel,
Rote Grütze, Vanilleeis

GIZ Gewerbe-Immobilien-Zentrum Mittelhessen

Im Zentrum Mittelhessens:
Stark für die Region

Das Gewerbe-Immobilien-Zentrum Mittelhessen bringt die passenden Partner, bei der Immobiliensuche in unserer Region, an einen Tisch.

Telefon 06441 444555-0
www.giz-mittelhessen.de

Wo gibt es die schönsten Bäder im ganzen Land?

BADHOCH2
www.badhochzwei.de

BESUCHEN SIE UNSERE EINZIGARTIGE AUSSTELLUNG UND LASSEN SIE SICH INSPIRIEREN!

Montag – Freitag 10:00 – 18:00 Uhr
Samstag 10:00 – 14:00 Uhr

Am Surbach 2 | 35625 Hüttenberg
(direkt an der A45)
Tel. 06441 6793275
Fax 06441 6793279
info@badhoch2.de
www.badhoch2.de

LF. Leistung durch Fachkompetenz
Bäder · Wärme · Elektrotechnik · Sofort-Service
Reiner Förster GmbH & Co. KG

Schneider FLIESEN · HANDEL · VERLEGUNG
...mit uns werden Fliesenträume wahr!

Berlin-Splitter

Wahl des Bundespräsidenten steht an

Wahlen zum Staatsoberhaupt sind für mich etwas Besonderes. Bei den vergangenen vier Bundespräsidentenwahlen, an denen ich teilnehmen durfte, standen immer gestandene Persönlichkeiten zur Wahl, die sich auf die eine oder andere Weise um unser Land verdient gemacht haben. Dennoch waren es verschiedene Charaktere, die für unterschiedliche Amtsverständnisse und politische Schwerpunkte standen. Im Kern ging es bei jeder Wahl des Bundespräsidenten um moralische Führung im Kontext der jeweiligen Zeit und die Frage der Repräsentation unseres Landes nach Außen und Innen. So auch dieses Mal, wenn sich unter anderem Bundeaußenminister Frank-Walter Steinmeier um das Amt bewirbt.

Ich kenne Außenminister Steinmeier mittlerweile recht gut. Mir hat imponiert, wie verschwiegen er als Kanzleramtsminister unter dem damaligen Bundeskanzler Schröder die umfassendste Sozial- und Arbeitsmarktreform der Nachkriegszeit vorbereitet und schlussendlich auch durchgesetzt hat, die heute unter „Agenda 2010" oder „Hartz4" bekannt ist. Vor gut drei Jahren habe ich im Auftrag meiner Partei unter anderem mit ihm den außen-, verteidigungs-, entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Teil des Koalitionsvertrages ausgehandelt. Dabei habe ich zwei Dinge an ihm schätzen gelernt: 1. Man kann sich auf seine Zusagen verlassen. Und 2. Er ist einer sachlichen und fundierten Argumentation und Diskussion gegenüber offen und beharrt nicht auf „heiligen Kühen". Es hat sich im besten Sinne des Wortes „pragmatisch" gezeigt und das rechne ich ihm vor allem vor dem Hintergrund der schwierigen Konstellation der letzten Koalitionsverhandlungen hoch an.

Kandidat Steinmeier ehrlich bewerten

Leider hat er in den letzten Wochen und Monaten auch Erklärungen abgegeben, die ich nicht gutheißen kann – insbesondere in Bezug auf Russland und die USA. Er hat in meinen Augen die Gefahren, die von Putins Politik ausgehen, entweder falsch eingeschätzt oder verharmlost, indem er beispielsweise das Aufheben von Sanktionen gegenüber Russland befürwortet. Dazu

Sibylle Pfeiffer, MdB

habe ich in meinem Newsletter des Öfteren berichtet. Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen in den USA. Als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland hat er sich nicht nur herablassend während des US-Präsidentschaftswahlkampfes über Donald Trump geäußert – er hat Trump nach seinem Wahlsieg noch nicht einmal gratuliert. Ich finde, als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland ist es eine Frage des Anstands, auch Kandidaten und Präsidenten zu gratulieren, die man persönlich für unsympathisch oder politische schwierig hält. Das gebietet der Respekt vor der demokratischen Entscheidung der amerikanischen Wähler – andernfalls stellt man sich auf eine Stufe mit denen, die man kritisiert.

Doch bei aller Kritik überwiegen natürlich seine Verdienste um unser Land. Insofern glaube ich, ist er eine gute Wahl für das Amt des Bundespräsidenten und ich werde ihm auch meine Stimme geben. In Zeiten der Unsicherheit und politischen Orientierungslosigkeit vieler Gesellschaften des Westens ist er eine Wahl, die für Verlässlichkeit und Vertrauen steht. Daher hoffe ich, dass er am 12. Februar die Mehrheit der Stimmen der Bundesversammlung erhält.

Neuer Bundespräsident muss Debattenkultur in Gesellschaft vorantreiben

Bundespräsident Gauck ermahnt uns, dass jeder einzelne nach Wahrheiten und Lösungen suchen und sich in die Debatte einbringen muss, auch wenn das unbequem ist.

Wir müssen vor allem mit denen in ein echtes Gespräch kommen, die anderer Meinung sind und dabei den Gegenüber und seine Argumente und Überzeugungen respektieren, auch wenn das schwerfällt.

Gleichzeitig muss die Politik sich auch auf die Probleme der Menschen konzentrieren, die bislang vielleicht zu kurz gekommen sind oder sich von der Entwicklung abgehängt fühlen.

Unser Land braucht eine Gesellschaft und Politik, die miteinander korrespondieren und dabei die besten Lösungen für komplexe Probleme finden. Ich hoffe, dass dies der künftige Bundespräsident aufgreift und weiterführt. Sonst übernehmen das andere für uns – und das kann nicht in unserem Interesse sein.

Herzlichst
Ihre Sibylle Pfeiffer

Lions-Club Wetzlar-Solms spendet erneut für Albert-Schweitzer-Kinderdorf

(U.H.P.) 2500 Euro konnte eine kleine Delegation des LC Wetzlar-Solms an Vorstand Dr. Wolfram Spannaus vom Verein Albert-Schweitzer-Kinderdorf übergeben. Dieser vom Klub aufgerundete Betrag war der Erlös des vom vorjährigen Präsidenten Hans-Jürgen Irmer initiierten 2. adventlichen Benefiz-Konzerts mit jungen Künstlern der August-Bebel-Schule, der Eichendorff-Schule, der Goetheschule, der Freiherr-vom-Stein-Schule und der Wetzlarer Musikschule unter der musikalischen Gesamtleitung und Conference von Thomas Sander, Leiter der Musikschule. Auch Pausensnacks, gespendet von der Großbäckerei Moos, trugen zum guten Gesamtergebnis der Veranstaltung bei.

Bei der Spendenübergabe bedankten sich Vorstand Spannaus und die ASK-Öffentlichkeitsreferentin Susanne Högler herzlich für die neuerliche Unterstützung ihres Vereins, der außer dem eigentlichen „Dorf" an der Hohl fast zwanzig Familiengruppen extern im Kreis- und Stadtgebiet sowohl in eigenen wie in angemieteten Häusern betreut und dennoch eine lange Warteliste aufweist.
Mit Freude wurde daher auch die Nachricht aufgenommen, die Lions bemühten sich 2017 um eine dritte Konzert-Veranstaltung.

Auf dem Foto freuen sich (von links) Lion Dr. Boris Schmidt-Burbach, Activity-Beauftragter Wolfgang Jung, Susanne Högler, Dr. Spannaus, Lions-Präsident 2016/17 Carsten Bartsch, letztjähriger Präsident Hans-Jürgen Irmer, Lions-Hilfswerk-Präsident Dr. Bernd Würthner und Pressebeauftragter Uwe-H. Pradel.

Hain Bedachungen GmbH
Dächer - Fassaden
Abdichtungen - Gerüstbau
Dachentwässerung
Auf der Stücke 23-25
35708 Haiger-Rodenbach
Telefon 02773/912660
Telefax 02773/ 912661
www.hain-bedachungen.de

2.2. bis 22.2.

Fotofreunde Herborn stellen im Blumenhaus Kuhlmann ihre Lieblingsbilder aus

(H.D.W.) An der Ausstellung mit dem Titel „Lieblingsbilder" nehmen 21 Fotografinnen und Fotografen mit 52 sehr unterschiedlichen Aufnahmen teil. Die Ausstellenden waren größtenteils bereits beim Hessentag aktiv und haben am Fotobuch zum Hessentag 2016 mitgewirkt.

Inzwischen firmieren die Fotofreunde unter „DieFotoMafia.de". „Diesen Spitznamen haben wir von einem bekannten Herborner Bildreporter bekommen, der während des Hessentags immer wieder verwundert rief, 'ja da ist ja schon wieder die Rote Foto Mafia'", betonte Hans-Dieter Wieden, der die Ausstellung zusammen mit Martin Krimmel, Till Metzler und Christian Stuhl organisiert.

Die Fotofreunde Herborn, die sich im Juni 2014 zusammengefunden haben, werden gerne zu Events jeder Art wie etwa dem Brutzelsonntag, dem Weinfest, Erdbeersonntag, dem Licher Oktoberfest oder dem Weihnachtsmarkt gerufen, um die Geschehnisse im Bild festzuhalten und für die Nachwelt zu dokumentieren.

Mit dem Blumenhaus Kuhlmann verbindet sie eine enge Freundschaft. So war es für Christiane Apel und Michael Kuhlmann keine Frage, dass sie ihre Verkaufsräume für die Ausstellung zur Verfügung stellen.

Vom 2. Februar bis zum 22. Februar kann man sich während der Öffnungszeiten selbst ein Bild von den Aufnahmen machen.

Die Fotofreunde treffen sich an jedem 1. des Monats zum Fotografieren und an jedem dritten Mittwoch im Monat zum Fotostammtisch.

Weitere Informationen sind auf der Homepage **www.DieFotoMafia.de** zu erhalten.
Interessenten können sich an **team@DieFotoMafia.de** wenden.

Einfach appfahren.
Mit einem Finger schon im Urlaub:
Die App-Steuerung für alle easydriver-Modelle.
REICH

Damit Sie Ihren Caravan einfach in jede Lücke bringen, haben wir für Sie die easydriver-Rangierantriebe entwickelt. Und die neue, auch nachrüstbare Steuerung per Smartphone sorgt für noch mehr starken Fahrspaß.

Ganz einfach. easydriver.

www.reich-easydriver.com facebook.com/reich.easydriver

easydriver
MADE BY REICH . MADE IN GERMANY